

Arbeitspapier / Abteilung Wirtschaft

Buchholz, G., Müller, J., Schnauss, M.

**Globale Finanz- und Wirtschaftskrise –
Ursachen, Verantwortung, Konsequenzen.**

Dokumentation der öffentlichen Vorträge am 16. Juni 2006

Hannover, 28. Mai 2009

Einladung zu „FHH meets economy“
Globale Finanz- und Wirtschaftskrise
Ursachen – Verantwortung – Konsequenzen

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Weltwirtschaftskrise des Jahres 1929 beendete ein „goldenes Zeitalter“. Sie veränderte nachhaltig die internationale Völkergemeinschaft, unter anderem in Bezug auf den Welthandel, die Finanzströme und die Arbeitslosigkeit. Die Auswirkungen unserer heutigen Krise scheinen vergleichbar, die Ausgangslage, Ursachen und Verantwortung sind jedoch grundverschieden. Kein Lehrbuch und keine Vorlesung haben uns auf diese Krisenform vorbereitet. Auch liegen keine wirtschaftspolitischen Erfahrungen vor, die als Grundlage zur Bewältigung einer Krise in dieser Dimension dienen könnten. Aber wir können – obgleich die Krise andauert – schon heute beobachten, dass die Konsequenzen anders ausfallen und zu langfristigen, einschneidenden Veränderungen führen.

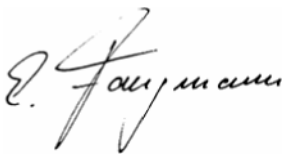
Mit unserer Fachveranstaltung bieten wir Erklärungsansätze und diskutieren über Verantwortung und Konsequenzen. In drei Vorträgen führen wir Sie an diesem Nachmittag aus unterschiedlichen Perspektiven in das Thema ein, um mit Ihnen gemeinsam in eine befruchtende, vielleicht auch kontroverse Diskussion eintreten zu können.

Globale Finanz- und Wirtschaftskrise
Ursachen - Verantwortung - Konsequenzen

Zeit und Ort: Dienstag, 16. Juni 2009, 18.00 Uhr
Fachhochschule Hannover, Raum 100
Ricklinger Stadtweg 120, 30459 Hannover

Wir, die Einrichtung für Weiterbildung und Technologietransfer der Fachhochschule Hannover, gemeinsam mit der Fördergemeinschaft und Alumni-Vereinigung der Fakultät IV - Wirtschaft und Informatik, würden uns freuen, Sie bei unserer kostenfreien Veranstaltung vor Ort begrüßen zu können.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrage



Elisabeth Fangmann

E
I
N
L
A
D
U
N
G

Globale Finanz- und Wirtschaftskrise
Ursachen - Verantwortung - Konsequenzen

Zeit und Ort: Dienstag, 16. Juni 2009, 18.00 Uhr
Fachhochschule Hannover, Raum 100
Ricklinger Stadtweg 120, 30459 Hannover

Programm:

- 18.00 Uhr** **Begrüßung**
Dr. Irina von Kempster, Vertretungsprofessorin
Geschäftsführerin der Fördergemeinschaft und Alumni-Vereinigung der
Fakultät für Wirtschaft und Informatik der Fachhochschule Hannover
- 18.05 Uhr** **Von der US-Subprime-Krise zur globalen Finanzkrise**
Dipl.-Mathematiker Dr.-Ing. Martin Schnauss, CFA, FRM
Executive Director, Bankhaus Julius Baer
Stichworte zum Vortrag: Entstehen der US-Subprime-Krise, Konzeption strukturierter
Produkte, Ausbreitung der Krise.
Martin Schnauss hat langjährige Erfahrung im Investmentbanking, vorzugsweise im –
Handel und der Entwicklung strukturierter Kapitalmarktprodukte. Tätigkeitsorte
waren London, Dublin, Berlin und Zürich.
- 18.25 Uhr** **Von der staatlichen Regulierung zur Wirtschaftsdemokratie**
Prof. Dr. rer. oec. Günter Buchholz, Hannover
Stichworte zum Vortrag: Einleitung, Immobilienfinanzierung in den USA
(Medienbeitrag), Ablauf und Folgen der Finanzkrise, Regulierungserfordernis,
Wirtschaftsdemokratie.
Günter Buchholz ist ordentlicher Professur für Consulting und Allgemeine
Betriebswirtschaftslehre an der Fachhochschule Hannover. Seine Arbeitsgebiete
sind Consulting, Wirtschaftsethik und die politische Ökonomie.
- 19.00 Uhr** **Nach dem unrühmlichen Ende des Neoliberalismus**
- wie kann die Wirtschaftspolitik wieder Wohlstand für alle
schaffen?
Prof. Dr. rer. pol. Johannes Müller, Hannover
Stichworte zum Vortrag: Neoliberalismus; neue wirtschaftspolitische Ansätze
zur Entwicklung des Wohlfahrtsstaats.
Johannes Müller ist ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre sowie
Studiendekan der Abteilung Wirtschaft der Fachhochschule Hannover. Seine
Arbeitsgebiete sind Internationale Kapitalmärkte und Makroökonomie.
- 19.15 Uhr** **Abschließende Diskussion**
Moderation: Prof. Dr. rer. pol. Ulrich Schneider
Ulrich Schneider ist ordentlicher Professor für Allgemeine
Betriebswirtschaftslehre, Banken und Versicherungen an der Fachhochschule
Hannover. Er hat über zehn Jahre lang auf dem Gebiet strukturierter
Bankprodukte sowie im Investmentbanking gearbeitet.
- 19.30hr** **Ausklang mit Imbiss, Gelegenheit zu persönlichen**
Gesprächen und Diskussionen

P
R
O
G
R
A
M
M

Fachhochschule Hannover
Weiterbildung und Technologietransfer
Frau Dipl.-Oecotroph. E. Fangmann
Postfach 92 02 51
30441 Hannover

Anmeldung bis 12.6.2009

Telefax 0511/9296-1025

A
N
M
E
L
D
U
N
G

An der Veranstaltung:

nehme ich teil/nehmen wir teil

**Service Transition –
Von der Anwendungsentwicklung in den Betrieb**

Zeit und Ort: Donnerstag, 17. Januar 2008, 17.00 Uhr
Fachhochschule Hannover, Raum 100
Ricklinger Stadtweg 1 20, 30459 Hannover

Firma _____

Name, Vorname

Name, Vorname

Straße _____

PLZ, Ort

Telefon, Telefax

E-Mail _____

kann ich leider nicht teilnehmen

„ bin aber an weiteren Veranstaltungen Hochschule / Wirtschaft in-
teressiert

„ möchte aber mit der Einrichtung für Weiterbildung und Technologie-
transfer ein Beratungsgespräch über die Kooperationsmöglichkeiten
Hochschule / Wirtschaft führen (kostenfrei)

Ich erkläre mich damit einverstanden, dass meine Daten elektronisch erfasst werden.

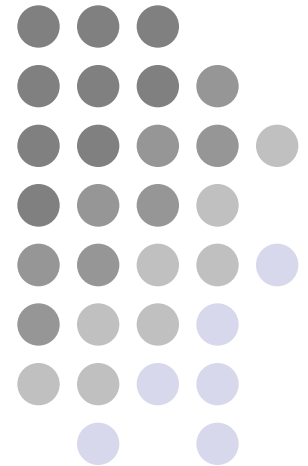
Datum, Unterschrift

Von der US-Subprime-Krise zur globalen Finanzkrise

Vortrag im Rahmen von

FHH meets economy

Martin Schnauss
(martin@schnauss.de)



Hannover, den 16. Juni 2009

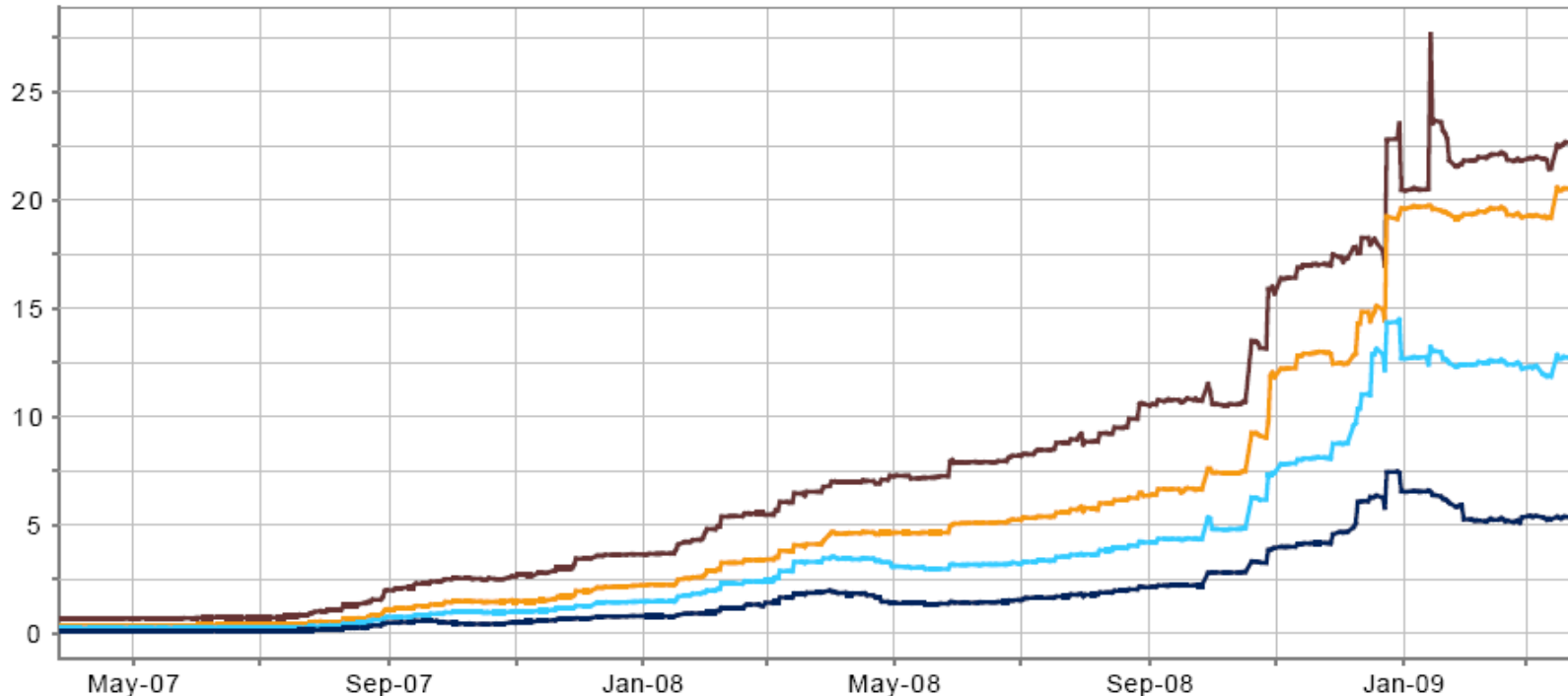


Einleitung:

Asset Backed Finanzierungen: Ausweitung der Spreads



European ABS Spreads (Rating) 2Y



Key	Axis	Name	Last	Minimum	Maximum
■	Left	Euro ABS AAA	5.659	0.115 26-Mar-2007	7.481 29-Dec-2008
■	Left	Euro ABS AA	13.003	0.248 24-Apr-2007	14.490 30-Dec-2008
■	Left	Euro ABS A	20.559	0.369 26-Mar-2007	20.580 16-Mar-2009
■	Left	Euro ABS BBB	24.076	0.698 02-May-2007	27.656 14-Jan-2009

Quelle: Barclays Capital 26.März 2009
(Die Level sind derzeit nahezu unverändert)



Einleitung:

New Issuance Volume of ABS - Bonds



Jahr	Auto	Credit Card	Equipment	Home Equity	Student Loans
2005	84'945	67'833	10'442	460'494	63'239
2006	81'926	66'899	8'777	483'913	67'129
2007	74'103	99'527	5'768	216'890	61'370
2008	35'486	59'059	3'070	3'815	28'204
2009	7'574	3'000	514	130	1'955

Quelle: Security and Financial Market Association (SIFMA) 15.Juni 2009
(Angaben in Mio USD)

- Die Möglichkeit der Verbriefung von Krediten ist stark reduziert (z. B. Hypothekendarlehen).
- Leverage: Mit jedem USD der abgeschrieben werden muss sinkt das Eigenkapital und damit steigt der Leverage weiter.
- Nutzung von durch die Banken zugesagten Kreditlinien, wodurch sich das Risiko der Banken weiter erhöht.

Einleitung:

Wie war es möglich? Was sind die Ursachen?



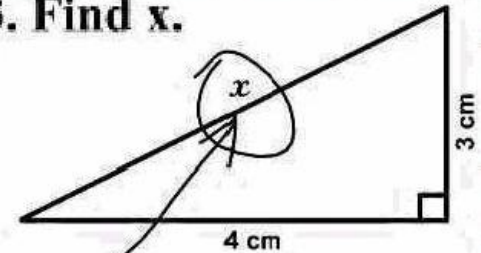
Fragen:

- Wie konnte sich die Finanzkrise ausbreiten?
- Welches „Virus“ konnte so viele Wertpapiere infizieren?

Im Zentrum der Finanzkrise stehen:

- Vertrauen
- Zweckgesellschaften und
- Externe Beobachter

3. Find x .



Here it is



Vertrauen und Zweckgesellschaften

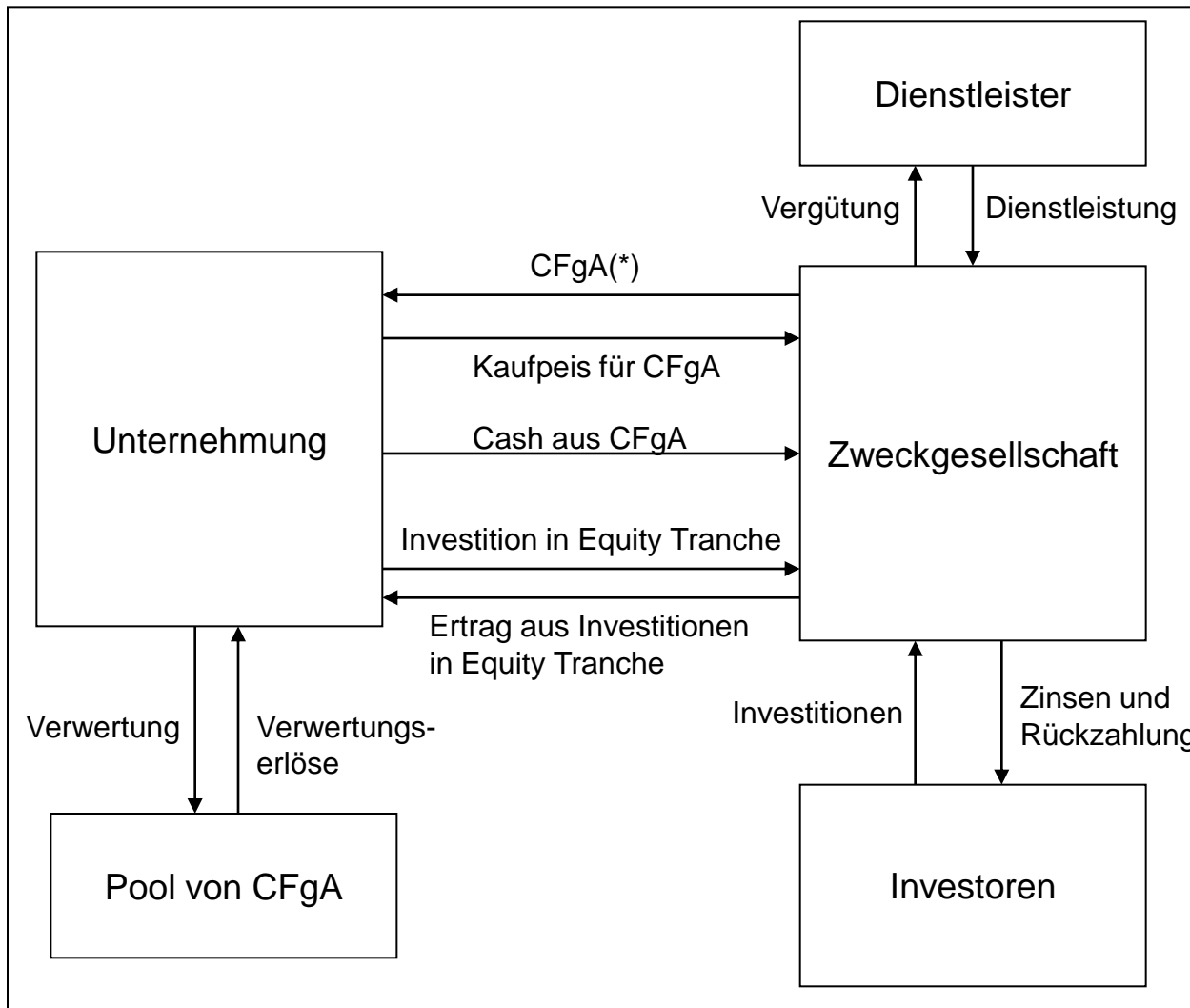
Vertrauenskrise?

Ausgangspunkt Zweckgesellschaften



Die Geschäftstätigkeit und das Verhalten dieser Zweckgesellschaften ist vertraglich vorgeschrieben. Somit unterliegen diese Zweckgesellschaften grundsätzlich keiner dynamischen Gestaltung im Zeitablauf. Sie werden für einen klar definierten Zweck gegründet und auf der Grundlage von formalen, informationsbezogenen Verhaltensnormen verwaltet.

Vertrauenskrise? Stellung der Zweckgesellschaften



Beispiel für Pool von CFgA:

- Handelsforderungen
- Forderungen aus Kreditverträgen
- Forderungen aus Leasingverträgen
- Anleihen
- Rechte an Unternehmenserlösen
- Rechte an Zahlungsströmen an realwirtschaftlichen Projekten

(*) CFgA – Cash Flow generating Assets



Vertrauenskrise? Tranchen - Beispiel

Beispiel für Tranchierung: Auburn 4 – UK RMBS

Pool of CFgA: UK residential owner occupied and buy-to-let (investment) mortgages.

95) Options ▾ AUBN 4 AUBURN SECURITIES PLC										
Template International ▾										
	CF	Class	Crncy	Orig(000)	Cmp Rtg	OWAL	Index	Spread	Cpn	Factor
1)	Pd	A1	GBP	270,000	NR	0.97	BP0001M	12.0	4.780	0.0000
2)	*	A2	GBP	597,500	AAA	4.25	BP0001M	20.0	2.314	0.4597
3)	*	M	GBP	15,000	AAA	4.98	BP0001M	25.0	2.364	1.0000
4)	*	B	GBP	40,000	AA+	4.98	BP0001M	35.0	2.464	1.0000
5)	*	C	GBP	40,000	A+	4.98	BP0001M	65.0	2.764	1.0000
6)	*	D	GBP	25,000	BBB+	4.98	BP0001M	105.0	3.164	1.0000
7)	*	E	GBP	12,500	BB	4.98	BP0001M	320.0	5.314	1.0000

Source: Bloomberg 09.01.2009

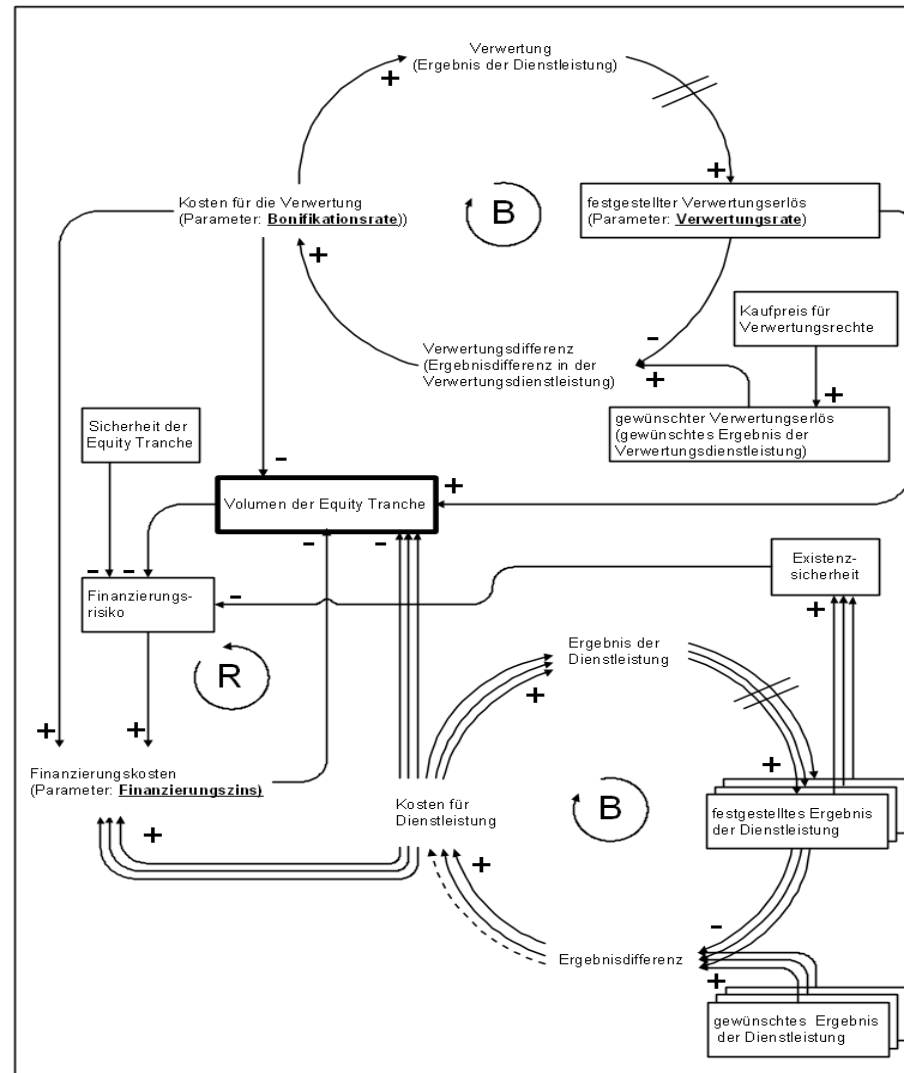
Unter den subordinated Notes liegt im allgemeinen noch eine Equity Tranche. (Beachte: Volumen Verhältnis A2 : E ca. 50 : 1 !!)



Vertrauenskrise? Entwicklungsdynamik von Zweckgesellschaften



Wirkungsdiagramm der Zweckgesellschaft





Computersimulation

Vertrauenskrise?

Computersimulation / Annahmen



$$\begin{aligned}\text{VolEquityTranche}_t &= \text{VolEquityTranche}_{t-1} \\ &\quad - \text{FinKosten}_t \\ &\quad - \text{KostenVerwertg}_t \\ &\quad - \sum \text{KostenDienstl}_t \\ &\quad + \sum \text{festgestellter Verwertungserlös}_t\end{aligned}$$



- **Annahmen für die Simulation:**
- Anzahl der Geschäftszyklen: 60
- Summe der erwarteten Verwertungserlöse: < 100 Mio E
- Durchschnittlicher Kaufpreis CFgA:
 $95 \% * \text{Nominal}(\text{CFgA})$
- Durchschnittliche Verwertungsrate CFgA:
 $97,2 \% * \text{Nominal}(\text{CFgA})$
- Anfängliche Investition in die Equity Tranche beträgt:
2.0 Mio. E.
- Der Finanzierungszins für das durch die Zweckgesellschaft aufgenommene Fremdkapital beträgt:
5,6 %



The graph illustrates the expected disposal revenue over a 60-month period. The y-axis represents the revenue in EUR, ranging from 0 to 120,000,000. The x-axis represents time in months, ranging from 1 to 60. The revenue starts at approximately 45,000,000 EUR at month 1, rises sharply to about 98,000,000 EUR by month 5, and remains stable until month 53. After month 53, the revenue drops sharply to 0 EUR by month 60.

Zeit (Monate)	erwartete Verwertungserlöse (€)
1	45.000.000
5	98.000.000
53	98.000.000
60	0

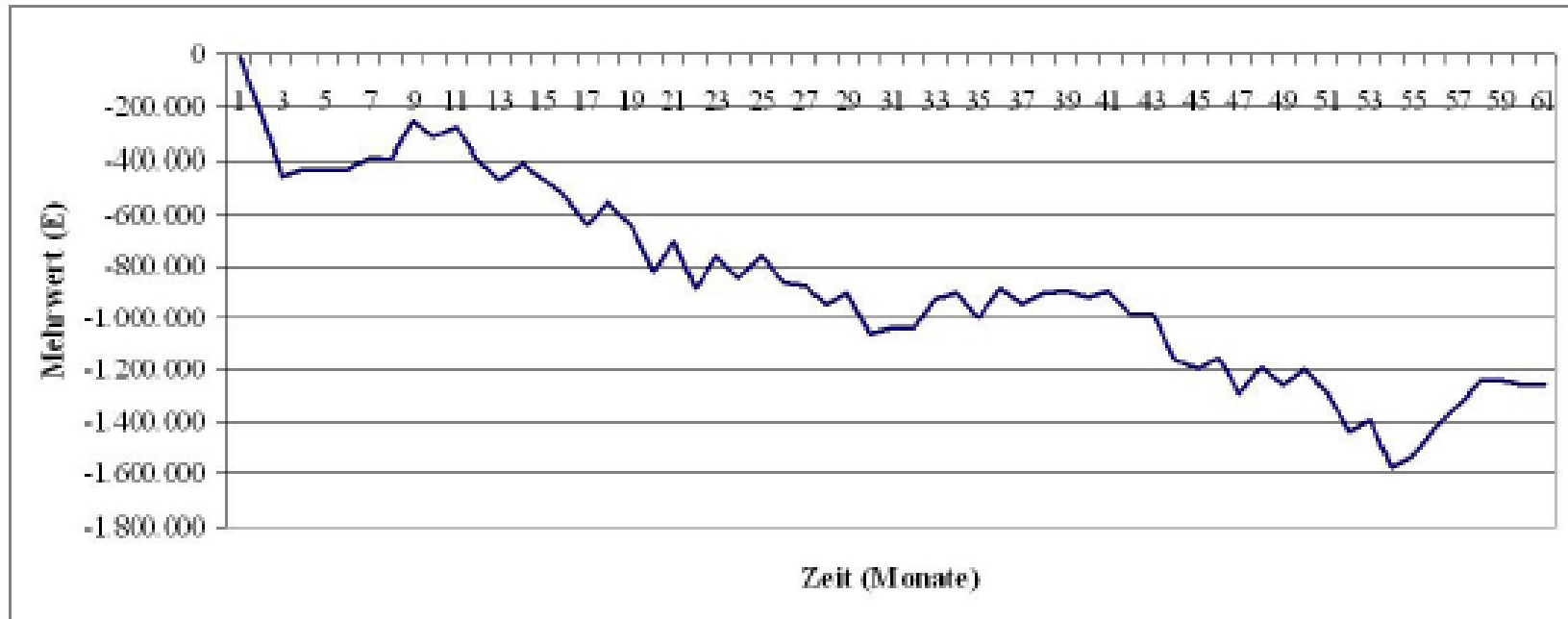


The chart displays the monthly value of a stock over a 60-month period. The y-axis, labeled 'Mehrwert (€)', ranges from -1,000,000 to 2,000,000 in increments of 500,000. The x-axis, labeled 'Zeit (Monate)', ranges from 1 to 60 in increments of 2. The line starts at 0, drops to a low of about -400,000 at month 3, and then generally trends upwards with significant fluctuations, ending at approximately 1,500,000 at month 60.

Vertrauenskrise?

Computersimulation: Entwicklung der Equity Tranche

Geringes Vertrauen: Finanzierungszins: 6,1 %



Vertrauenskrise?

Computersimulation: Auswertung

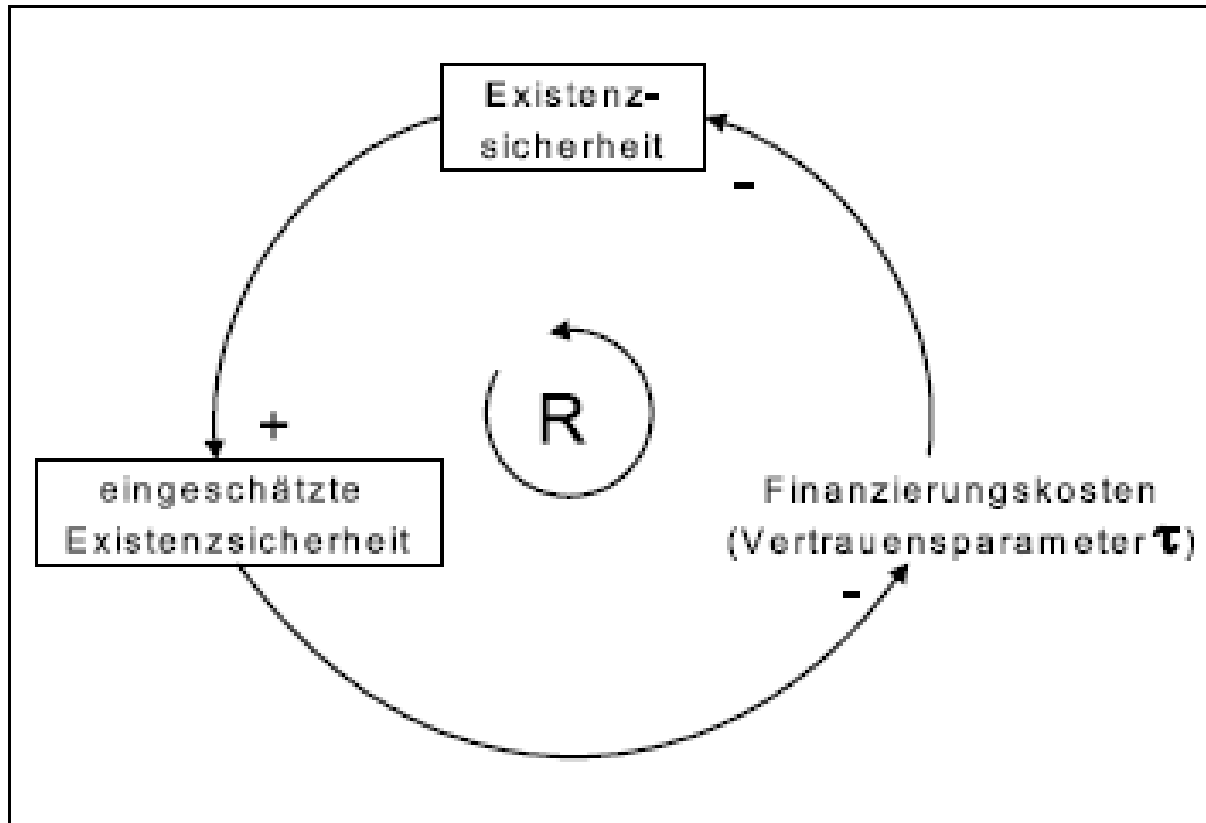


Hohe Abhängigkeit vom Finanzierungszins und somit von dem Vertrauen durch die Investoren:

Finanzierungszins	generierter Mehrwert
5,6%	1.562.763 E
5,7%	1.010.317 E
5,8%	451.745 E
5,9%	-113.010 E
6,0%	-684.009 E
6,1%	-1.261.311 E

Bezogen auf eine Equity Tranche von 2 Mio. E ergibt sich ein Leverage von ca. 275.

Vertrauenskrise?: Finanzierungskosten, Vertrauen und Existenzsicherheit



Wer schätzt die Existenzsicherheit ein?

➤ U.a. externe Beobachter, denen vertraut wird.



Externe Beobachter und die selbstregulierende Kraft des Marktes



Provokante Frage: War es das Ziel der Strukturierer die stabilsten Asset Backed Strukturen zu konstruieren?

Wie steht es um die selbstregulierende Kraft der Märkte?

Welchen Einfluss haben externe Beobachter?







Externe Beobachter: Einfluss von Akzeptanz auf die Gestaltungsauswahl

- z – die faire Risikomarge für die Gestaltung S unter Berücksichtigung der erwarteten Ausfälle, und
- $c \cdot z$ – die Kosten für die Gestaltung S basierend auf der Risikomarge für die Gestaltung S,
- $r \cdot z$ – die Kosten für die Gestaltung B mit Bezug auf die Risikomarge für die Gestaltung S ($r \geq c$).
- D sei der Wert der Ausfälle unter Anwendung von Gestaltung S und B. Bei beiden sei die Höhe der Ausfälle als gleich angenommen, nur die Wahrscheinlichkeit für die Ausfälle p_S für Gestaltung S und p_B für Gestaltung B sei verschieden, wobei $p_B < p_S$ sei.
- $\overline{p_B}$ und $\overline{p_S}$ sind die erwarteten Wahrscheinlichkeiten bezogen auf den Wert D an Ausfällen,
- A sei der Akzeptanzfaktor der Gestaltung B im Verhältnis zur Gestaltung S. Er wird hier definiert als das Verhältnis:

$$A = \frac{(\overline{p_B} : \overline{p_S})}{(p_B : p_S)} \quad (73)$$

Externe Beobachter: Einfluss von Akzeptanz auf die Gestaltungsauswahl



Die faire Risikomarge z für die Gestaltung S ergibt sich als

$$z = \overline{p_S} \cdot D \quad (74)$$

Ein Investment in die Gestaltung B ist genau dann für einen Investor entsprechend seinen Risikoeinschätzungen rentabel, wenn gilt:

$$c \cdot z - \overline{p_S} \cdot D < r \cdot z - \overline{p_B} \cdot D \quad (75)$$

Aus der Ungleichung 75 ergibt sich:

$$(c - r) \cdot z < \left(1 - \frac{\overline{p_B}}{\overline{p_S}}\right) \cdot \overline{p_S} \cdot D \quad (76)$$

woraus aus der Gleichung 74 folgt:

$$(c - r) < \left(1 - \frac{\overline{p_B}}{\overline{p_S}}\right) = \left(1 - \frac{p_B}{p_S} \cdot A\right) \quad (77)$$

oder anders formuliert:

$$1 + (r - c) > \frac{p_B}{p_S} \cdot A \quad (78)$$

Externe Beobachter: Zusammenfassung der Ergebnisse



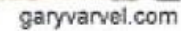
- Die Einschätzungen externer Beobachter beeinflussen das Verhalten der Zweckgesellschaft. Sie haben eine selbsterfüllende Wirkung.
- Externe Beobachter haben Einfluss auf die Gestaltung von Asset Backed Strukturen. Dabei spielt Verhaltensakzeptanz der Investoren eine wichtige Rolle.

$$1 + (r - c) > \frac{p_B}{p_S} \cdot A$$

Wobei A der Akzeptanzfaktor der Gestaltung B im Verhältnis zur Gestaltung S ist:

$$A = \frac{(\overline{p_B} : \overline{p_S})}{(p_B : p_S)}$$

-





Quellen:

- Akerlof, G.A./Shiller, R.J. (2009): Animal Spirits, Princeton University Press, Princeton, Oxford (ISBN: 978-0-691-14233-3)
- Schnauss, M. (2009): Controlling von Zweckgesellschaften vor dem Hintergrund der Finanzkrise; Verlag Wissenschaft und Praxis, Sternenfels (ISBN: 978-3-89673-509-6)
- www.sifma.org Website der Securities Industry and Financial Markets Association

Günter Buchholz

Von der staatlichen Regulierung zur Wirtschaftsdemokratie

1 Einleitung

Ich zeige zur Einführung in das Thema einen kurzen amerikanischen Internet-Film von Jonathan Jarvis zur Entstehung und Entwicklung der Finanzkrise: The crisis of credit visualized - Dauer: 11 Min. 15 Sek.):

<http://vimeo.com/3261363> oder <http://crisisofcredit.com>

[Ich danke Julien und Hanns-Michael Berger für diesen nützlichen Hinweis!].

2 Ablauf und Folgen der Finanzkrise

Ich referiere hier die Darstellung der aktuellen Krisenproblematik eng angelehnt an die Sicht der linkskeynesianisch argumentierenden, von der veröffentlichten Meinung zu Unrecht weitgehend ignorierten Memorandum – Gruppe; vgl. Memorandum 2009, erschienen im PapyRossa Verlag, Köln 2009, S. 93 ff.

Den Mittelpunkt der aktuellen Finanzkrise stellen die zweitklassigen („Subprime“-) Immobilienkredite in den USA dar. Deshalb ist von der „Subprime - Crisis“ die Rede. Die Finanzmarktakteure, die sich auf die Spekulation mit dem US-Immobilienkrediten spezialisiert haben, konnten hohe Risiken eingehen, weil sie nicht im gesetzlich regulierten traditionellen Banksystem, sondern in einem unregulierten Schattenbanksystem operierten. Dieses bestand aus so genannten Zweckgesellschaften, die von Hedgefonds und etablierten Banken betrieben wurden.

Den Akteuren im unregulierten Schattenbanksystem waren keine Grenzen bei der durch Schulden finanzierten Spekulation gesetzt. Das gesetzlich vorgeschriebene Mindesteigenkapital wurde nicht hinterlegt. Die Zweckgesellschaften konnten daher nicht nur in außergewöhnlich hohem Maße Kredithebel einsetzen, d.h. ihre Geschäfte mit einem extrem hohen Anteil an Fremdkapital finanzieren, sondern sie führten auch eine umfangreiche Fristentransformation durch, nahmen also kurzfristige Schulden auf, indem sie z. B. Anleihen mit einer Drei- oder Sechsmonatsfrist begaben („Commercial Papers“), deren Einnahmen dann zum Kauf von langfristigen Kreditpaketen genutzt wurden.

„Im Sommer 2007 führten zunehmende Kreditausfälle und wachsende Verunsicherung dazu, dass sowohl der Markt für Kreditpakete als auch der Markt für kurzfristige Anleihen zusammenbrach. Die Zweckgesellschaften verloren schlagartig die Möglichkeit, sich zu refinanzieren. Auf diese Möglichkeit waren sie aber dringend angewiesen, da ein großer Teil der Schulden in sehr kurzer Frist zurückzuzahlen war. Im Juni 2007 traf es zwei Hedgefonds der US-Investmentbank Bear Steans.“

Jedoch zeigte sich schnell dass die Finanzkrise nicht auf die USA beschränkt blieb. Ende Juli 2007 stand die private Deutsche Industriebank (IKB) kurz vor der Pleite und konnte schließlich nur durch Kapitalspritzen und Risikoübernahmen im Umfang von 9,2 Milliarden Euro durch den Staat und durch die öffentliche Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) gerettet

werden. Die Vorgänge um die IKB hätten dringend der Aufklärung durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuss bedurft, aber dieser kam nicht zustande.

Die Übertragung der Risiken des US-Immobilienmarktes zur IKB und anderen europäischen Banken wurde über zwei Bindeglieder vermittelt:

Erstens sind die Banken in den USA und in Europa in den letzten Jahren zunehmend dazu übergegangen, die durch sie gewährten Kredite in Wertpapiere umzuwandeln und zu verkaufen („Verbriefung“). Das Risiko für den Ausfall von amerikanischen Immobilienkrediten wurde so weltweit gestreut und durch die Verbriefung von Verbriefungen bewusst vernebelt und fast unsichtbar gemacht.

„Zweitens gründeten viele Banken Zweckgesellschaften mit Sitz in Steueroasen, um mit Paketen von solchen verbrieften Krediten zu spekulieren. Die Zweckgesellschaften hatten in der Regel kaum Eigenkapital. Sie benötigten daher für den Notfall umfangreiche Kreditzusagen von den Banken, die diese unterhalten haben. Diese Kreditzusagen tauchten in den Bilanzen der Banken als Quasi-Verbindlichkeit nicht auf.“

Die Spekulation konnte glücken, solange das Preisniveau auf dem US-Immobilienmarkt anstieg, solange also die Hausse die Hausse nährte (positive Rückkopplung). Diese Hausse - Wertsteigerungen waren scheinbar real, tatsächlich jedoch irreald und illusionär. Als das Immobilien-Preisniveau nicht weiter anstieg, sondern zu sinken begann, setzte die Krise ein, und nun nährte die Baisse die Baisse (negative Rückkopplung); die Illusionen platzten.

„Im Sommer 2007 mussten die Zweckgesellschaften deshalb ihre Kreditlinien bei den Banken in Anspruch nehmen. Auf diesem Feld war auch die Deutsche Bank aktiv. Sie verkaufte rechtzeitig ein Kreditbündel an die IKB, kündigte dann ihre Kreditzusage an das Institut und machte anschließend die deutsche Bankenaufsicht auf die Schieflage der IKB aufmerksam.“

Blickt man auf die weltweite Entwicklung, dann wird klar, dass private Banken massiv an der hochbrisanten Spekulation beteiligt waren. Dies gilt leider auch für Kreditinstitute in Deutschland. Die wichtigsten Krisenfälle sind neben der IKB-Bank die Commerzbank / Dresdner Bank und der Immobilienfinanzierer Hypo Real Estate, insbesondere deren irische Tochtergesellschaft Depfa plc, die ihre langfristige Staats- und Projektfinanzierungen durch kurzfristige Geldmarktanleihen refinanziert hatte und die nun vor der Illiquidität stand (vgl. S. 95).

In Deutschland agierten auch die öffentlichen Landesbanken auf den internationalen Kapitalmärkten. Ihre Zweckgesellschaften bescherten ihnen Milliardenverluste. Davon betroffen sind bislang vor allem die Sachsen LB, West LB und Bayern LB, aber auch die LBBW mit Hauptsitz in Stuttgart (vgl. S. 95), sowie offenbar auch die HSH - Nordbank.

Auffällig war, wie einseitig und intensiv im Vergleich mit der Krise der privaten Banken die Krise der Landesbanken von der veröffentlichten Meinung betont und in den Vordergrund gestellt wurde, vermutlich um damit Krise der privaten Banken in den Hintergrund der öffentlichen Wahrnehmung treten zu lassen. Was war nun die Ursache der Krise der Landesbanken?

„So absurd es klingt: Das Engagement der Landesbanken wurde nicht zuletzt durch die Einigung der Bundes- und Landesregierungen mit der EU-Kommission vom Juli 2001 bezüglich der Begrenzung der Staatshaftung begünstigt. Damals wurde vereinbart, dass die

Staatshaftung für die Landesbanken im Juli 2005 ausläuft (Anstaltshaftung und Gewährträgerhaftung). Allerdings durften die Institute bis zu diesem Zeitpunkt noch langfristige Anleihen mit Staatsgarantie über die gesamte Laufzeit begeben. Damit hatten sie für eine Übergangszeit die Möglichkeit, in großem Umfang zu günstigen Konditionen zusätzliche Mittel aufzunehmen. Diese Finanzmittel wurden in großem Umfang für den Kauf von Wertpapieren auf der Grundlage von US-Immobilienkrediten genutzt. Hinzu kommt, dass die Landesbanken immer schon als besonders renditeschwach galten. Hier sollten also die Zweckgesellschaften für Besserung sorgen – das war fatal.“ (S. 96)

Der Bankensektor hat derzeit vor allem zwei Probleme: Die Wertverluste zehren das Eigenkapital auf; gleichzeitig lähmt das tiefe Misstrauen den Handel mit Finanztiteln. Aktuell wird geschätzt, dass die deutschen Banken bis zu einer Billion Euro an faulen Aktiva in ihren Bilanzen haben. Ihr Kapital beträgt allerdings nur 366 Milliarden Euro, das der Großbanken 79 Milliarden. Daraus ergibt sich, dass vielen Banken - trotz gelockerter Bilanzierungsregeln (GB) - die Insolvenz droht (vgl. S. 97).

Dieses für die gesamte Bevölkerung katastrophale Ergebnis ist von der Politik ermöglicht worden, weil diese in der Ära der neoliberalen Hegemonie die ihr zukommende Gestaltungsrolle zugunsten einer marktradikalen Deregulierungspolitik aufgeben hat, oder richtiger, weil sie durch massiven und nachhaltigen Einsatz machtpolitischer, ideologischer, propagandistischer und insbesondere auch finanzieller Mittel des an der Deregulierung interessierten Finanzsektors dazu veranlasst worden ist: an FDP, CDU, CSU, SPD und Grüne sind – unterschiedlich - hohe Parteispenden aus dieser Quelle geflossen; vgl. <http://www.n-tv.de/politik/Peanuts-fuer-die-Union-article50414.html?s...>

Die Kohl – Regierung brachte in den 1990er Jahren drei „Finanzmarktförderungsgesetze“ auf den Weg, mit denen unter anderem die Anlagemöglichkeiten an der Börse ausgeweitet wurden und die Börsenumsatzsteuer abgeschafft worden ist. (vgl. S. 92)

„2002 folgte unter Rot-Grün das 4. Finanzmarktförderungsgesetz (Bt-Drs. 14/8017) in Kombination mit der Steuerreform des Jahres 2000, durch die die Steuerfreiheit von Gewinnen aus dem Verkauf von Anteilen an inländischen Kapitalgesellschaften eingeführt wurde. Das Kleinunternehmerförderungsgesetz (Bt-Drs. 15/537) brachte 2003 eine steuerliche Besserstellung von forderungsbesicherten Wertpapieren (Asset Backed Securities, ABS). Damit wurde der Handel mit verbrieften Krediten gefördert – also mit hoch spekulativen Finanzinstrumenten, die die aktuelle Krise ausgelöst haben und heute als „toxische Papiere“ die Bankbilanzen weltweit belasten.“ (S. 92. f.)

„2004 und 2005 folgten weitere gesetzliche Verbesserungen für die Nutzung des Verbriefungsmarktes. Auch unter der großen Koalition wurden die Produkte weiter gefördert. Der damalige und heutige Staatssekretär im Bundesfinanzministerium, Jörg Asmussen, betonte noch 2006, dass seitens des BMF „den Instituten keine unnötigen Prüf- und Dokumentationspflichten entstehen werden, wenn sie in „gängige“ BS-Produkte mit gutem Ranking investieren.“ (S. 93)

Die vom Finanzsektor gewünschte und langfristig mit allen Mitteln voran getriebene staatliche Deregulierung der Finanzmärkte war eine wesentliche Mitursache der Finanzkrise. Ohne die problematischen neuen Finanzprodukte, insbesondere die Verbriefungen, wäre die Weiterverteilung und Vernebelung der Risiken nicht möglich gewesen. Und ohne diese Möglichkeit wären bei geringer Bonität riskante Hypothekenzusagen ausgeblieben, weil die Hypothekenbanken dafür selbst hätten haften müssen. Die Immobilienblase hätte sich also gar

nicht entwickeln können. Diese problematischen weil spekulationsanfälligen Finanzprodukte müssen daher untersagt werden und vom Markt verschwinden.

Unter dem Druck der Krise muss der bürgerliche Staat nun den Finanzsektor stabilisieren und regulieren. Die Ernsthaftigkeit seiner Bemühungen bemisst sich daran, ob er seine falschen und extrem schädlichen Deregulierungen tatsächlich rückgängig macht und die oben genannten entsprechenden Gesetze wieder aufhebt. Da es sich um nationales Recht handelt, könnte nun im Parlament ihre Aufhebung beantragt werden. Bisher ist dies nicht geschehen. In der veröffentlichten Meinung ist darüber nicht einmal diskutiert worden.

Der Staat ist nicht die neutrale Instanz, als die er vielen erscheint. Auch die Existenz einer repräsentativen parlamentarischen Demokratie hebt diese Nicht-Neutralität nicht auf. Denn die Privatwirtschaft (bzw. das Kapitalverhältnis) bedingt den bürgerlichen Staat ökonomisch (BIP-Wachstum, Steuern), und dieser garantiert wiederum die Existenz der Privatwirtschaft (bzw. das Kapitalverhältnis) rechtlich und politisch („Ordnungspolitik“). Diese enge Wechselbeziehung kann die legitime demokratische Willensbildung teils behindern, teils blockieren und teils sogar verkehren. Darin liegt ein zentrales Problem, aber auch eine Chance für unsere Demokratie (vgl. Buchholz 2006 a, S. 22 ff.; Buchholz 2006 b, S. 22 ff.).

Hinreichend wird die staatliche Stabilisierung und Regulierung des Finanzsektors (vgl. hierzu das Interview mit Rudolf Hickel im Anhang) erst durch eine Politik der Demokratisierung der Gesellschaft, die als ein Gegengewicht die strukturelle Abhängigkeit des Staates vom Kapitalverhältnis zumindest soweit relativiert, dass der Demokratie die Steuerung von Wirtschaft und Gesellschaft ermöglicht wird.

3 Strikte Regulierung des Finanzsektors durch den bürgerlichen Staat: notwendig - aber nicht hinreichend

Das internationale Finanzsystem hat sich zu einem globalen Spielcasino entwickelt. Insbesondere die Investmentbanken sind hier als Spieler aktiv. Dieses Spielcasino muss geschlossen werden, weil sich diese Form des Glücksspiels für uns alle als außerordentlich schädlich erwiesen hat, aber es ist inzwischen leider wieder in Betrieb genommen worden - vgl.: www.Nachdenkseiten.de vom 19.10.2009 sowie die älteren Beiträge zur Finanzkrise.

John Maynard Keynes und im Anschluss an ihn Hyman P. Minsky (1990) haben frühzeitig und weit vorausschauend vor diesen Risiken gewarnt, aber unter der Hegemonie der neoliberalen Ideologie und der Interessen der Spekulanten sind diese Warnungen von der Wirtschaftspolitik nicht beachtet worden (vgl. Minsky 2006 b, S. 6 ff.).

Jetzt muss politisch gehandelt werden. Im Memorandum 2009 heißt es dazu:

„Zur Sicherung der Grundfunktionen des Finanzsektors - Zahlungssystem, Einlagensicherung, Kreditversorgung - übernimmt der Staat wesentliche Anteile der Privatbanken, die für die Gesamtwirtschaft von systemischer Relevanz sind.“ (S. 101)

„Gleichzeitig muss die Politik per Gesetz oder Verordnung Finanzpraktiken untersagen, die sich in den letzten Jahren als besonders destabilisierend erwiesen und die Finanzmarktkrise verursacht haben.“ (S. 102 f.)

Die Banken müssen sich „wieder auf ihr Kerngeschäft konzentrieren“, und dieses „besteht aus der Verwaltung der Einlagen sowie der Vergabe von Krediten. Der Wertpapierhandel (...) sollte nicht zu den Aktivitäten einer Bank gehören. Banken sollten nicht Eigentümer von Kapitalanlagegesellschaften sein. Insgesamt ist das hochriskante Investment Banking massiv einzuschränken.“ (S. 103)

Eine Bankreform sollte die Bedeutung des Interbankenmarktes durch zins- und kreditpolitische Maßnahmen der Zentralbank relativieren (vgl. S. 103 f.), und das Regelwerk von Basel II muss korrigiert werden, weil es sich prozyklisch und somit krisenverschärfend auswirkt (vgl. S. 104).

Eine Reform der Finanzmärkte ist erforderlich. Es sollte – mit Ausnahme der Erstausgabe von Aktien oder Anleihen - eine spürbare Steuer auf Finanztransaktionen eingeführt werden. (vgl. S. 104). „Der Umfang von Finanzmarkttransaktionen würde auch dadurch ökonomisch angemessen reduziert, dass der Einsatz des Kredithebels bei Unternehmensübernahmen durch Finanzinvestoren (Private Equity- und Hedgefonds) streng reguliert wird.“ (S. 105)

„Die Teilprivatisierung der Bankenaufsicht durch die Zulassung eigener Risikomodelle der Banken oder die externe Begutachtung durch private Rating - Agenturen bei der Bonitätsprüfung muss zurückgenommen werden“ (S. 104).

„Durch die Finanzmarktliberalisierung der vergangenen 20 Jahre und die Schaffung regulierungsfreier Räume haben die Finanzaufsichtsbehörden immer größere Probleme, den Finanzsektor wirksam zu beaufsichtigen.“ (...) Daher braucht es nicht nur eine Reform der Finanzregulierung, sondern auch Reformen der Aufsichtsstruktur selbst. Die Finanzaufsicht stellt sich auch als europäische Aufgabe. (...) Die Schaffung einer – zumindest für die Eurozone – einheitlichen Finanzaufsichtsbehörde ist überfällig.“ (S. 106)

4 Von der staatlichen Regulierung des Finanzsystems zur Wirtschaftsdemokratie

Die ökonomische Krise des Systems zwingt die Funktionseleiten in Wirtschaft und Politik zum Handeln, und zwar durchaus gegen ihren Willen. Würden Sie ihre faktische Verantwortung im Hinblick auf die Deregulierung und auf die Förderung der Krisentendenzen wahrnehmen, oder würden sie vom Souverän dazu genötigt werden, dann müssten erhebliche Teile von ihnen die gesellschaftliche Bühne für immer verlassen. Davon jedoch kann gar keine Rede sein. Vielmehr wird mehr oder weniger erfolgreich versucht, die Verantwortung zu vernebeln, zu verleugnen und auf andere abzuwälzen; insbesondere die exorbitanten Kosten. Und die entscheidenden Informationen werden strikt geheim gehalten, sogar vor den Abgeordneten des deutschen Bundestages.

Die Krise hat die Dominanz des Finanzsektors zwar erschüttert, aber weil dieser Wirtschaftssektor mit der ihn begünstigenden Politik im selben Boot sitzt, darf die Politik weiter rudern, während die Finanzbankrotteure am Steuer sitzen: Die heute vorhandene Sozialstruktur, die entsprechend ungleiche Vermögens-, Eigentums- und Chancenverteilung sowie die zugehörigen gesellschaftlichen Machtstrukturen sollen mit der aktuellen staatlichen Krisenpolitik möglichst konserviert werden. Eben deshalb dürfte wie bisher keinerlei Bereitschaft bestehen, sich auf die vernünftigen Vorschläge der Memorandum-Gruppe einzulassen.

Es zeigt sich hier, dass die halbierte Demokratie auf eine Grenze gestoßen ist, die nur dann überwindbar ist, wenn der Souverän die Demokratie politisch revitalisiert und sie dabei entschlossen ausweitet, indem der Bereich der Wirtschaft einbezogen wird. Danach sieht es bisher zwar nicht aus, aber der Fortgang der Krise mag Veränderungen in Gang setzen. Es geht jedenfalls nicht um die Konservierung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Strukturen, sondern um ihre Transformation, insbesondere um eine zukünftige Gesellschaft, die ihre Wirtschaft der alleinigen Steuerung durch die von Max Weber so bezeichneten formalen Rationalität (Rentabilität) entzieht und eine material-rationale Steuerung durchsetzt.

Ich möchte mit einer Überlegung des bekannten Weltsystemtheoretikers Immanuel Wallerstein (2002) enden, um damit in historischer Perspektive kurz anzudeuten, was jetzt zu tun ist:

Gesellschaftliche Systeme „werden geboren; sie leben ein langes Leben, folgen dabei einigen Regeln; und an einem Punkt geraten sie in eine Krise, stehen an einem Scheideweg und verändern sich zu etwas anderem. Die letzte Phase, die Übergangsphase, ist besonders unvorhersehbar, aber sie ist besonders offen für den Input von einzelnen und von Gruppen, was ich als Zuwachs des Faktors des freien Willens bezeichnet habe. Wenn wir unsere Gelegenheit nutzen wollen, was mit als moralische und politische Verpflichtung erscheint, müssen wir zuerst die Gelegenheit als das erkennen, was sie ist und worin sie besteht. Dies verlangt, dass wir den Rahmen des Wissens rekonstruieren, so dass wir die Natur unserer Krise und deshalb unsere historischen Alternativen im 21. Jahrhundert verstehen können (...).

Ich habe argumentiert, dass es strukturelle Begrenzungen für den Prozess der endlosen Kapitalakkumulation gibt, die unsere Welt heute beherrscht, und dass diese Beschränkungen gegenwärtig als Bremse beim Funktionieren des Systems in Erscheinung treten. Ich habe argumentiert, dass das, was ich als Asymptoten der operativen Mechanismen genannt habe, eine strukturell chaotische Situation schafft, die unangenehm zu erleben sein wird und deren Verlaufsbahn sich grundsätzlich nicht vorherbestimmen lässt.

Schließlich habe ich die These aufgestellt, dass in einem Zeitraum von 50 Jahren eine neue Ordnung aus diesem Chaos entstehen wird und dass diese neue Ordnung als Funktion dessen geformt werden wird, was jeder in Zwischenzeit tut – diejenigen mit Macht im gegenwärtigen System und diejenigen ohne Macht. Diese Analyse ist weder optimistisch noch pessimistisch, insofern ich nicht vorhersagen kann, ob das Ergebnis besser oder schlechter sein wird. Sie sind jedoch realistisch, da sie versucht, eine Diskussion über die Arten von Strukturen anzuregen, die uns in eine solche Richtung bewegen könnten.“ (S. 101 - 103)

Anmerkung:

Der Begriff Neoliberalismus wird hier nicht im Sinne des deutschen Ordoliberalismus (Müller-Armack, Eucken, u. a.) sondern im Sinne des Rechtsliberalismus von Milton Friedman und Friedrich August von Hayek mit seiner Mont Pèlerin Society gebraucht.

Literatur

- Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik (2009): Memorandum 2009,
PapyRossa - Verlag: Köln; eine vertiefte Analyse bietet Bischoff, Joachim (2009):
Jahrhundertkrise des Kapitalismus – Abstieg in die Depression oder Übergang in eine
andere Ökonomie? VSA - Verlag: Hamburg
- Buchholz, Günter (2006 a): Kritik des Ökonomismus 2004 – 2006 – Drei Essays,
Arbeitspapier Nr. 110 / 2006, Fachhochschule Hannover, Fakultät IV
- Buchholz, Günter (2006 b): Überlegungen zum Verhältnis von Krise und Kritik, in:
Kritik der ökonomischen Theorie - Vier Beiträge zur Krisentheorie,
Arbeitspapier 111 / 2006, Fachhochschule Hannover, Fakultät IV
- Minsky, Hyman P. (1990): John Maynard Keynes –
Finanzierungsprozesse, Investition und Instabilität des Kapitalismus,
Metropolis - Verlag: Marburg (Original: Columbia University Press: New York 1975)
- Minsky, Hyman P. (2006 b): Die Hypothese der finanziellen Instabilität,
in: Buchholz, Günter (2006): Kritik der ökonomischen Theorie - Vier Beiträge zur
Krisentheorie, Arbeitspapier 111 / 2006, Fachhochschule Hannover, Fakultät IV
- Wallerstein, Immanuel (2002): Utopistik – Historische Alternativen des 21. Jahrhunderts,
Wien

**Nach dem unrühmlichen Ende des
Neoliberalismus...**

**...wie kann Wirtschaftspolitik wieder Wohlstand für alle
schaffen?**

Juni 2009

1. Kernthese: Die weltweite Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 markiert im historischen Kontext das Ende des Neoliberalismus. Die alte Idee des Wirtschaftsliberalismus – die 1929 zum ersten Mal scheiterte – endet damit erneut in einer globalen Krise!



Abb.1

2. Kernthese: Echte soziale Marktwirtschaft kann nur funktionieren bei einem fairen Interessensausgleich zwischen Arbeit und Kapital. Sobald eine Seite in der marktwirtschaftlichen Ordnung strukturell die Übermacht gewinnt, sei es Kapital oder Arbeit, kommt es zwangsläufig zu einer Wohlstandsvernichtung.

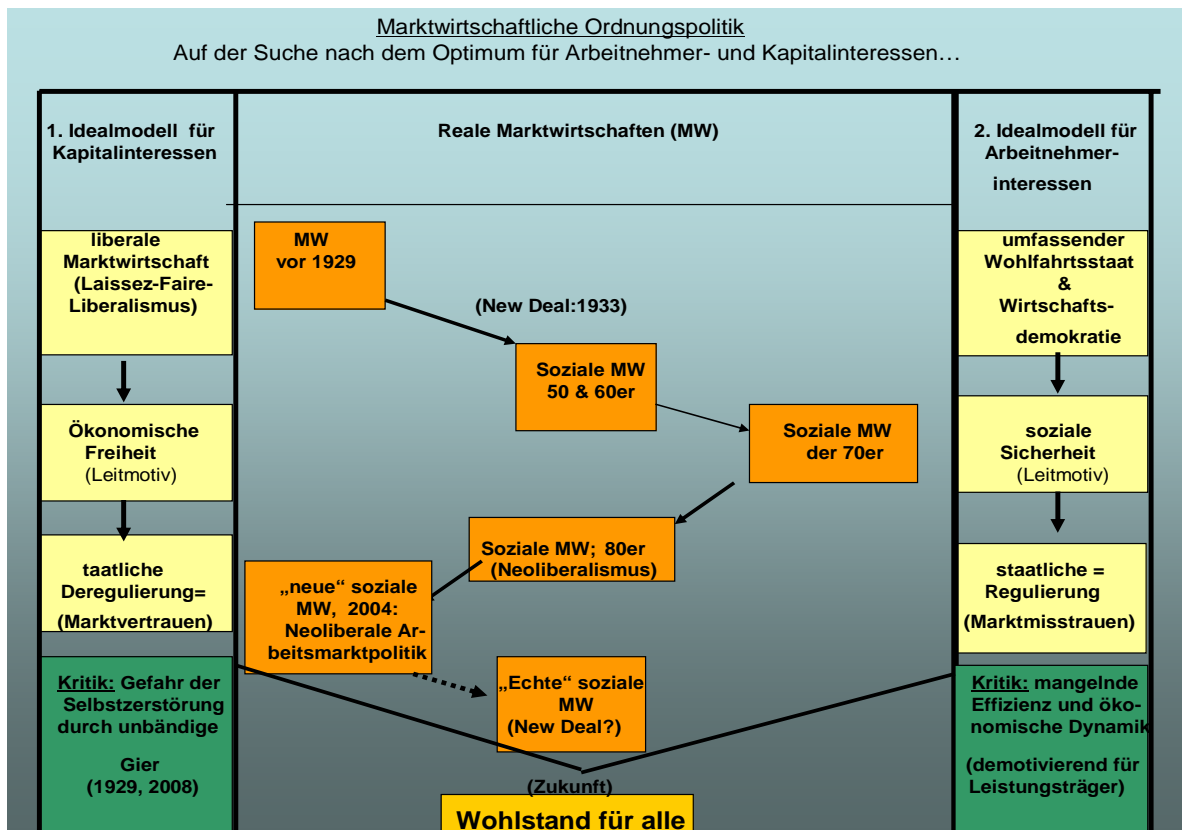


Abb. 2

Bildlich kann man sich die Kapital- und Arbeitnehmerinteressen wie Planken auf einer Autobahn vorstellen, zwischen denen eine marktwirtschaftliche Ordnung im historischen Zeitablauf schwankt. Die Schwankungen werden dabei durch das permanente Zerren von Kapital- und Arbeitnehmerinteressen an der marktwirtschaftlichen Ordnung ausgelöst und spiegeln damit die sich ändernden Kraftverhältnisse dieser Interessenspole wider. **Wohlfstand für alle** entsteht nur längerfristig, wenn es zu einem Gleichgewicht der Interessenspole kommt.

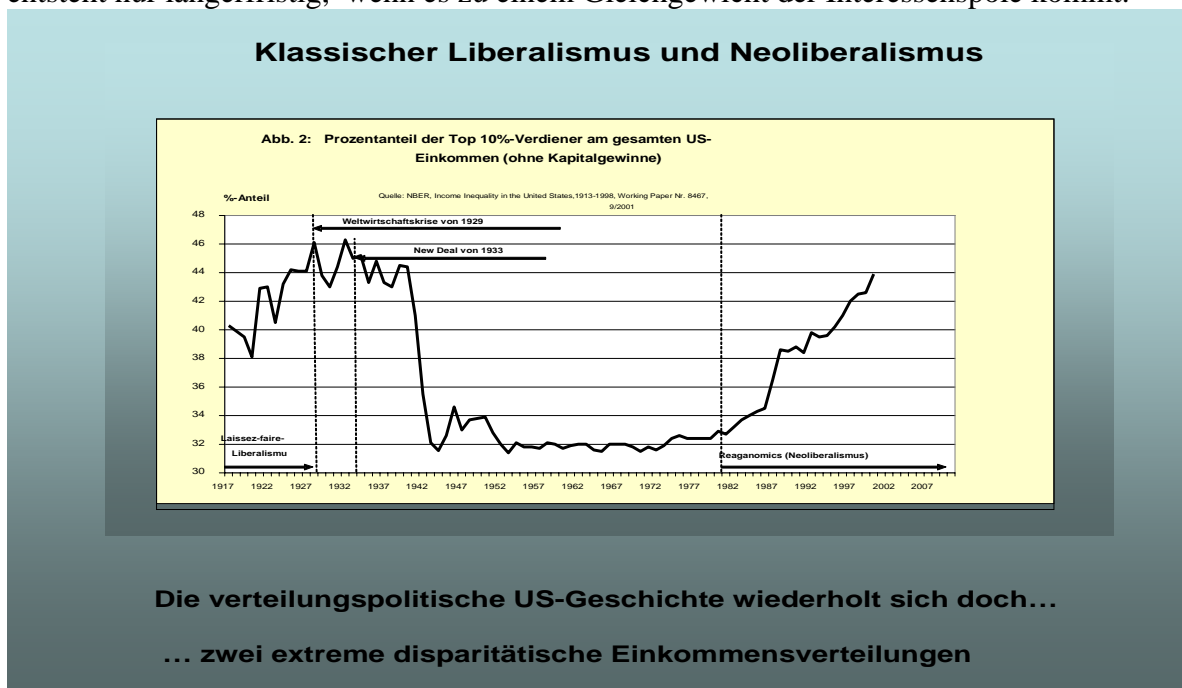


Abb.3

Die ökonomische Denkschule des Neoliberalismus, die von den USA ausgehend in den letzten 30 Jahren die Wirtschaftspolitik weltweit am stärksten beeinflusst hat, bevorzugt durch ihr Pochen auf die „reine Marktlehre“ eindeutig die Kapitalinteressen gegenüber den Arbeitnehmerinteressen. Dies machen alle verteilungspolitischen Analysen deutlich. Von 1980 bis 2006

sind die Realeinkommen von 80 % der US-Bürger nur um 12 % gestiegen. Bei den „oberen“ 20 % waren es 75 %, bei den reichsten 1 % knapp über 200 % (vgl. Abb. 4).

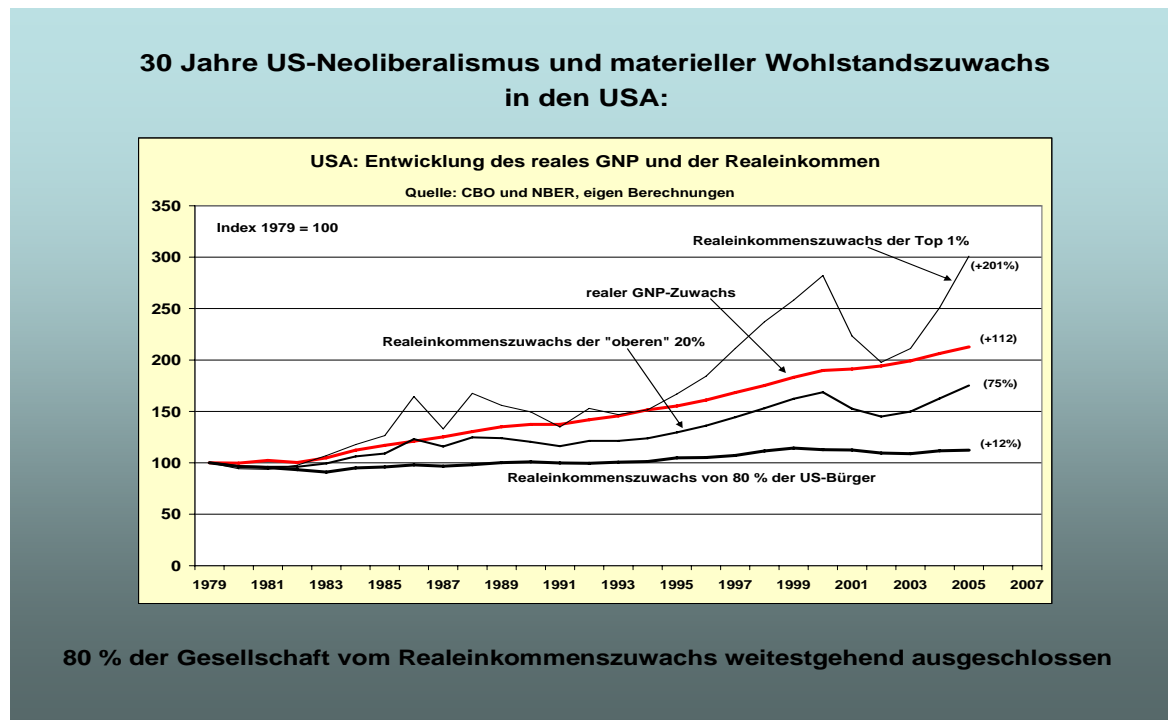


Abb.4

Die Renaissance des alten Wirtschaftsliberalismus in Form des US-Neoliberalismus brach sich Anfang der 1980er Jahre Bahn, als R. Reagan zum ersten neoliberalen Präsidenten der USA gewählt wurde. Sein marktradikaler Reformstil erhielt weltweit schnell das Label „Reaganomics“ und war schlecht für die Realeinkommen der Unterprivilegierten (vgl. Abb. 5).

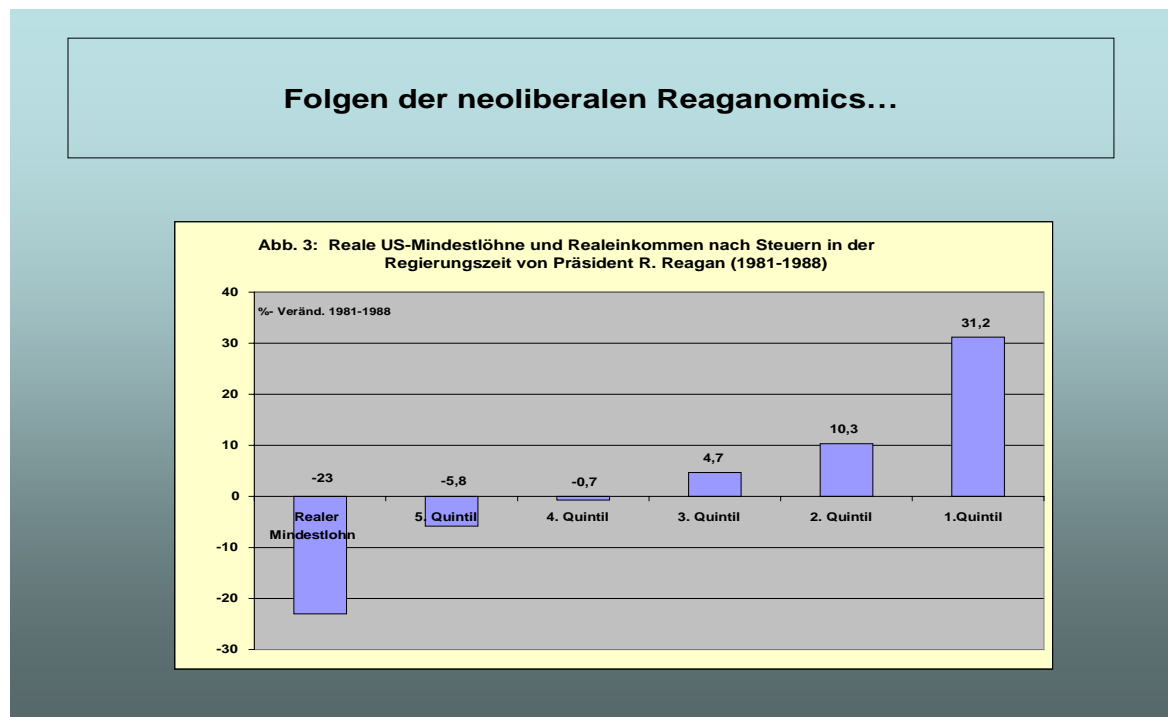


Abb.5

In der Ära des US-Neoliberalismus war es vorbei mit dem New Deal-Grundkonsens, wonach mehr Wirtschaftswachstum automatisch auch mehr Wohlstand für alle (!) US-Bürger bedeutete. Reaganomics - die neue liberale Wirtschaftspolitik mit ihrer radikalen Deregulierung der Arbeits- und Finanzmärkte sowie der massiven Senkung der Einkommenssteuerspitzenätze

war unter Wohlstandsaspekten gut für die Reichen und schlecht für die Armen. Eine Zeit extrem wachsender Einkommensdisparitäten, ähnlich wie vor der Weltwirtschaftskrise von 1929, war in den USA erneut angebrochen.

Wie entscheidend es für den materiellen Wohlstand einer Nation ist, ob eine neoliberale oder soziale Wirtschaftspolitik betrieben wird, lässt sich besonders leicht an der US-Einkommenspolitik festmachen. Ein einkommenspolitischer Vergleich der zwei neoliberalen Präsidenten Reagan und G. W. Bush mit dem eher sozialpolitisch orientierten demokratischen Präsidenten B. Clinton ist an dieser Stelle besonders interessant (vgl. Abb. 6). Präsident B. Clinton ist es in seiner Amtszeit von 1993 bis 2000 gelungen, das alte New Deal-Ideal der 50er und 60er Jahre zu neuem Leben zu erwecken. In seiner Amtszeit sind die Realeinkommen aller US-Bürger spürbar gestiegen (vgl. Abb. 6). Zwar war der reale Einkommenszuwachs beim 1.Quintil mit 44,6 % am höchsten, aber auch das 5. Quintil der Einkommensschwächsten konnte mit einem Zuwachs von 19 % beachtlich zulegen. Zudem wurden in der Amtszeit von Clinton die realen US-Mindestlöhne zumindest moderat um 3 % angehoben. In der Rückschau muss man feststellen, dass es B. Clinton insgesamt über zwei Präsidentschaftsperioden hinweg in fast idealer Weise gelungen ist, Wirtschaftswachstum, Schaffung neuer Arbeitsplätze und materiellen Wohlstand für alle miteinander in Einklang zu bringen. Dies ist zweifelsohne die hohe und anspruchsvolle Schule intelligenter Wirtschaftspolitik!

I. US-Wirtschaftspolitik im Vergleich: Clinton versus Reagan & Bush jr.

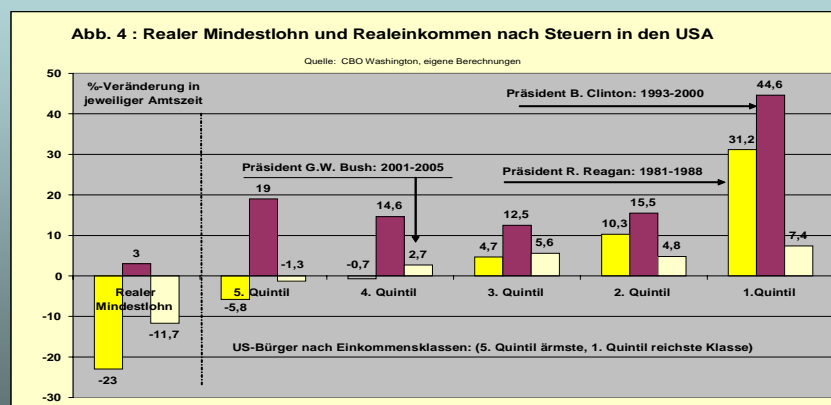


Abb. 6

Im krassen Gegensatz zu dieser wirtschaftspolitischen Meisterleistung steht der letztlich veraltete „Tonnen“-Kapitalismus der neoliberalen Wirtschaftspolitik. In der neoliberalen Wirtschaftspolitik dreht sich fast alles nur um quantitatives Wirtschaftswachstum und Markteffizienz um jeden Preis. Nachhaltigkeit und Qualität neu geschaffener Arbeitsplätze sowie die Qualität der Wohlstandsmehrung für die Bürger eines Landes, ausgedrückt durch die nationale Einkommensverteilung, sind kaum von Interesse. Der Neoliberalismus vertraut dabei auf simple Heilsrezepte nach dem Motto: Neue Arbeitsplätze schafft man am besten über sinkende Reallöhne. Diesem einfältigen ökonomischen Weltbild sind in den USA vor allem die Präsidenten Reagan und G.W. Bush gefolgt. Beide haben in ihrer Amtszeit massive prozentuale Kürzungen bei den realen Mindestlöhnen zugelassen mit allen negativen sozialen Begleiterscheinungen für die Bezieher niedriger Einkommen (vgl. Abb. 6). An dieser Stelle zeigt sich erneut: Neoliberale Wirtschaftspolitik ist im Kern anspruchsloses Quantitätsdenken in Bezug auf Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze.

II. UK-Wirtschaftspolitik im Vergleich: M. Thatcher versus T. Blair

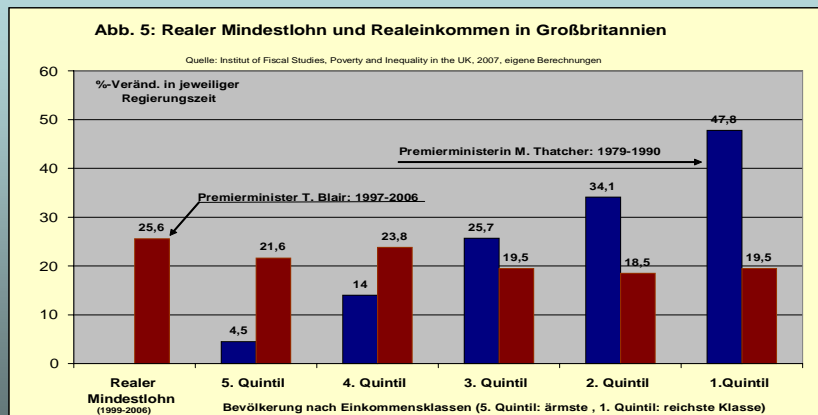


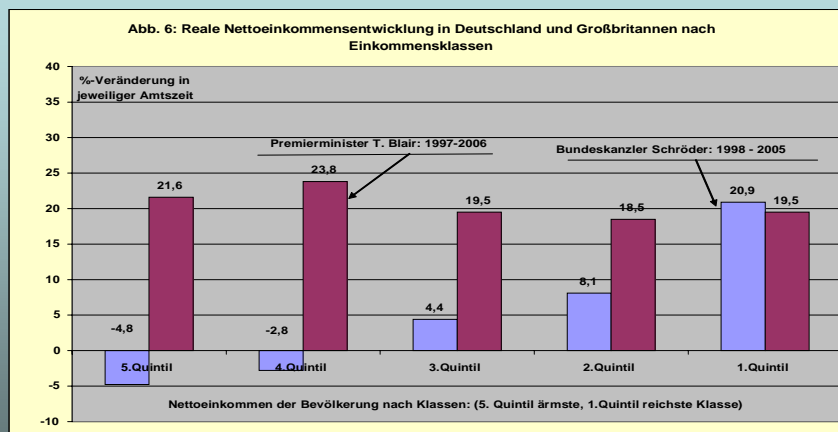
Abb. 7

Eine ganz hervorragende Leistung in der Wirtschaftspolitik muss man auch dem britischen Labour-Premierminister T. Blair bescheinigen, zumindest soweit es um die Wohlstandsmehrung für alle geht. In seiner Amtszeit von 1997 bis 2007 hat er das Kunststück fertig gebracht, die realen Einkommenszuwächse aller Briten mit rund plus 20 % relativ gleichmäßig zu steigern (vgl. Abb. 7). Besonders bemerkenswert: In seiner Amtszeit stiegen die Einkommen der ärmeren Quintile sogar noch etwas stärker als jene der reicheren Quintile. Verantwortlich für diese Entwicklung sind insbesondere die 1999 von Labour in Großbritannien eingeführten Mindestlöhne. Sie haben in der Regierungszeit von T. Blair um real über 25 % zugelegt. Die Mindestlöhne sind zwar nur für rund 1 % der Gesamtlöhne in Großbritannien direkt relevant, strahlen aber als Grenzsteine in der Entlohnung auf die unteren Tariflohnschichten aus und schützen diese vor einem unkontrollierten Abwärtsdrift.

In der Regierungszeit von T. Blair ist es der britischen Wirtschaftspolitik zudem gelungen – entgegen allen Prognosen von konservativen Ökonomen – trotz kräftig steigender Mindestlöhne mehr Arbeitsplätze in den unteren Lohngruppen zu schaffen. Einen wesentlichen Beitrag zum Gelingen des Kunststücks, steigende Mindestlöhne und steigende Arbeitsplätze im UK-Niedriglohnssektor gleichzeitig zu realisieren, muss der in 1999 in Großbritannien eingesetzten Low Pay Commission zugeschrieben werden. Ihre auf sorgfältiger Analyse des UK-Arbeitsmarkts basierenden Empfehlungen an die Adresse der britischen Regierung zur jährlichen Mindestlohnanhebung waren in der Vergangenheit größtenteils situationsgerecht. Aus dieser Erfahrung lässt sich lernen, dass bei genügend sensibel gesetzten Mindestlöhnen kein Konflikt zwischen Arbeitsplätzen und Lohnuntergrenzen bestehen muss. Vergleicht man in Großbritannien die reale Einkommensentwicklung unter dem Labour-Premierminister T. Blair und der neoliberalen Premierministerin M. Thatcher, so fällt sofort die für neoliberale Wirtschaftspolitik typische Einkommensspreizung zwischen Arm und Reich auf (vgl. Abb. 7). In der Regierungszeit von M. Thatcher (1979-1990) stiegen die Realeinkommen des reichsten Quintils um 47 %, während es im ärmsten Quintil gerade einmal 4,5% waren. Allerdings können sich die ärmeren Bevölkerungsschichten in Großbritannien -im Vergleich zu denen der USA- damit trösten, dass sie im Zuge der neoliberalen Wirtschaftspolitik zumindest ein kleines Stück vom kräftig gewachsenen Einkommenskuchen abbekommen haben.

Besonders interessant ist es aus deutscher Sicht, die Wirtschaftspolitik von T. Blair und Alt-Bundeskanzler Schröder unter dem Aspekt „Wohlstand für alle“ miteinander zu vergleichen. Beide waren fast zeitgleich Regierungschefs in ihren jeweiligen Ländern. Allerdings fällt ihre wirtschaftspolitische Bilanz -zumindest im Rahmen der Einkommenspolitik- völlig unterschiedlich aus (vgl. Abb. 8) Während es T. Blair als Premierminister von Großbritannien in seiner Amtszeit vorbildlich gelungen ist, allen Bevölkerungsschichten einen deutlichen realen Einkommenszuwachs zu ermöglichen, konnte unter Alt-Bundeskanzler Schröder nur das reichste Quintil in Deutschland einkommenspolitisch wirklich zufrieden sein.(vgl. Abb. 8).

III. Wirtschaftspolitik im Vergleich: G. Schröder versus T. Blair



Was lief falsch bei G. Schröder?

Abb. 8

Dieses unter sozialpolitischen Aspekten besonders unbefriedigende Ergebnis Schröderscher Wirtschaftspolitik kommt nicht von ungefähr. In der deutschen Wirtschaftspolitik hat man insbesondere seit 2002 einseitig auf das simple neoliberale Rezept zum Abbau von Massenarbeitslosigkeit, nämlich Lohnflexibilisierung -genauer Reallohnsenkung- gesetzt. Als Folge dieser Politik verfügt Deutschland nunmehr in Europa über einen der größten Niedriglohnsektoren. Im Jahre 2006 waren gemäß einer Studie des Essener Instituts für Arbeit und Qualifikation¹ etwa 6,5 Mio Menschen, also rund 22 % aller Erwerbstätigen in Deutschland im Niedriglohnsektor beschäftigt, wobei sie für Durchschnittslöhne von 6.89 €(West) und 4.86 (Ost) arbeiteten. Damit hat der Niedriglohnsektor von 1996 bis 2006, also in nur 10 Jahren, um gut 43 % in Deutschland zugenommen. Reallohnsenkungen als Folge geringer Lohnzuwächse, Tariföffnungsklauseln und rasant zunehmende Zeitarbeit in Kombination mit Hartz IV sind in den letzten Jahren in Deutschland vornehmlich zu Lasten der unteren sozialen Bevölkerungsschichten gegangen.

Im Ergebnis hat die Summe dieser sozialpolitischen Veränderungen zu dem einmaligen Phänomen in Deutschland geführt: Der Konjunkturaufschwung von 2002 bis 2008 war der erste in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, in dem die Realeinkommen breiter Bevölkerungsschichten gefallen sind (vgl. Abb. 9). Für dieses kaum überraschende Resultat einer neoliberal angelegten Beschäftigungspolitik in Deutschland muss primär Alt-Bundeskanzler Schröder mit seiner damaligen rot-grünen Regierung die Verantwortung übernehmen.

¹ Vgl. IAQ-Report 1/2008, S. 1

Ein Novum in der bundesdeutschen Geschichte...

.. fallende Realeinkommen im Aufschwung!

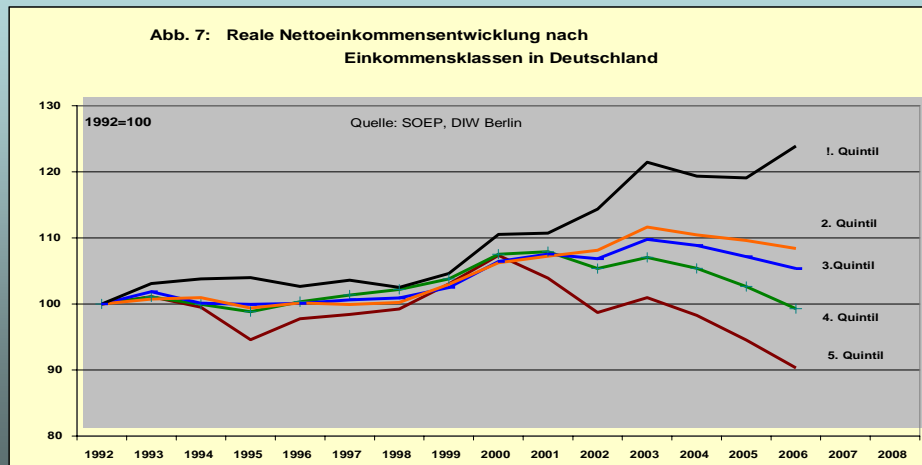


Abb. 9

Der erste neoliberale Konjunkturaufschwung in Deutschland, der in 2003 startete und mit der globalen Finanzkrise und 2. Weltwirtschaftskrise Anfang 2008 zu Ende ging, hatte jedoch noch weitere gravierende Schwächen, die typische Folge neoliberaler Angebotspolitik sind. Bevor auf diese Schwächen näher eingegangen wird, soll jedoch als erstes mit dem häufig von neoliberaler und konservativer Seite zu hörendem Fehlurteil aufgeräumt werden, wonach der Konjunkturaufschwung von 2003 bis 2008 in Deutschland aufgrund einer massiv propagierten Lohnzurückhaltung besonders arbeitsplatzfördernd gewesen sei.

Zwei gesamtdeutsche Konjunkturaufschwungsphasen im Vergleich...

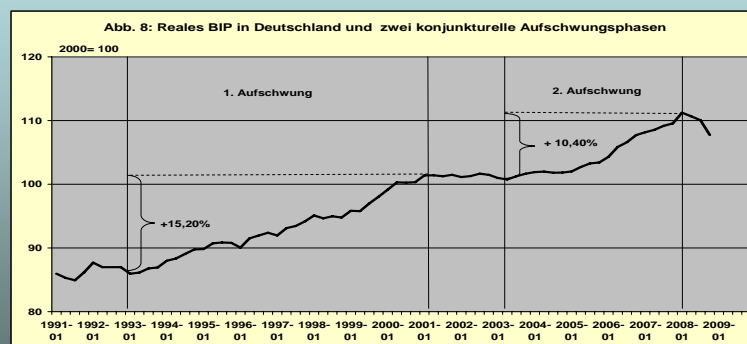


Abb. 10

Seit der Wiedervereinigung hat Gesamtdeutschland zwei konjunkturelle Aufschwungsphasen durchlebt. Gemessen am realen BIP begann der erste gesamtdeutsche Konjunkturaufschwung in 1993 (vgl. Abb.10). In der ersten Teilphase von 1993 bis 1996 war die Konjunkturdynamik allerdings so schwach, dass keine positiven Beschäftigungseffekte am gesamtdeutschen Arbeitsmarkt ausgelöst wurden (vgl. Abb. 11)

...und die Beschäftigungseffekte am deutschen Arbeitsmarkt

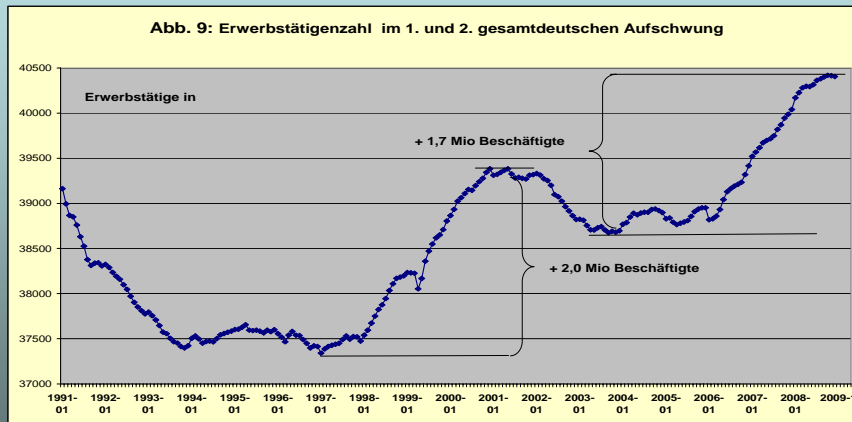


Abb.11

Eine Wachstumsbeschleunigung von 1997 bis Anfang 2001 reichte jedoch aus, rund 2 Mio neue Arbeitsplätze in diesem Aufschwung zu schaffen. Zum Vergleich: Der erste neoliberale Konjunkturaufschwung in Deutschland von 2003 bis 2008 war dagegen in seiner Arbeitsplatzwirkung mit einem Nettobeschäftigungszuwachs von „nur“ 1,7 Mio Arbeitsplätzen wesentlich erfolgloser.

Was waren die Wachstumsträger im Konjunkturaufschwung?

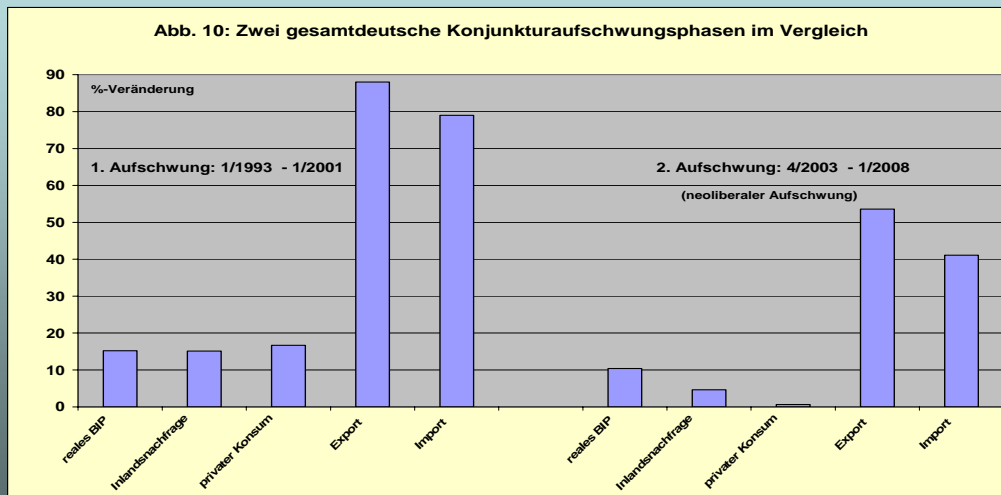


Abb. 12

Für diese schwächere konjunkturelle Beschäftigungsentwicklung gibt es eine ganz klare Ursache: Der letzte Konjunkturaufschwung in Deutschland ist strukturell völlig misslungen! Dies wird sofort deutlich, wenn man ihn mit dem ersten gesamtdeutschen Aufschwung von 1993 bis 2001 vergleicht. Im ersten gesamtdeutschen Aufschwung ist die ökonomische Leistung –gemessen am realen BIP– um 15,2 % gewachsen. Dabei hat die reale Inlandsnachfrage um 15,1 % zugelegt und der reale private Konsum sogar um 16,7 % (vgl. Abb. 12). Auch wenn das hohe Exportwachstum von real 88 % durch ein hohes Importwachstum (76%) in

seiner Wirkung auf das reale BIP massiv gedämpft wurde, stand dieser Konjunkturaufschwung auf zwei soliden Beinen: Dabei war das erste Standbein ein solider Außenbeitrag (Exporte minus Importe) von rund 2,5 % am gesamten realen BIP, der einen Wachstumsbeitrag von 16,5 % bewirkte (vgl. Abb. 13). Das zweite Standbein war eine solide wachsende Inlandsnachfrage. Mit einem Anteil am realen BIP von 97,5 % leistete sie im ersten gesamtdeutschen Konjunkturaufschwung einen Wachstumsbeitrag von gut 84 %. Dabei konnte die Inlandsnachfrage solide wachsen, da der private Konsum als wichtigste Einzelkomponente der Endnachfrage mit rund 57 % am realen BIP durch steigende Realeinkommen in allen Bevölkerungsschichten breit unterstützt wurde und dadurch einen Wachstumsbeitrag von 54,5 % leistete (vgl. Abb. 13).

Gleichgewichtiger versus ungleichgewichtiger Konjunkturaufschwung...

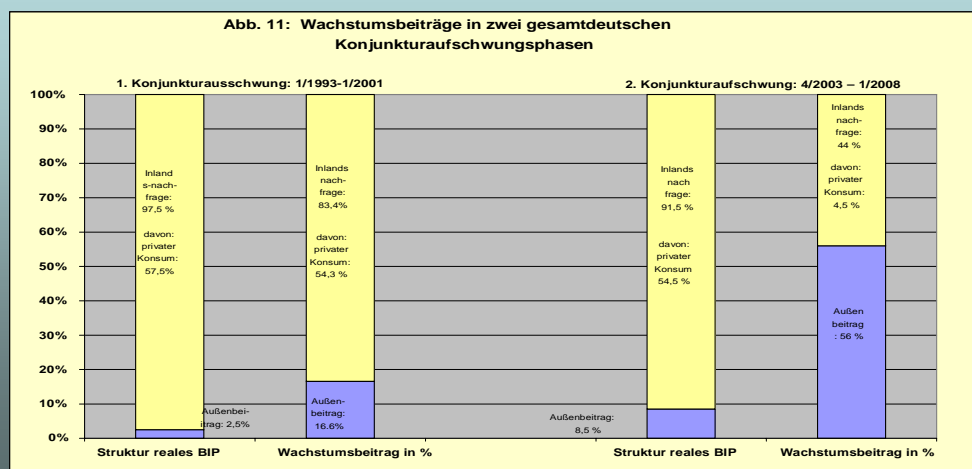


Abb.13

Welchen Kontrast bietet dazu der jüngste neoliberale Konjunkturaufschwung in Deutschland, der im 1. Quartal 2008 zu Ende ging. Er stand von Anbeginn nur auf einem Bein, nämlich dem Exportbein. Dies wird sofort deutlich, wenn man Abb. 13 betrachtet. Im zweiten gesamtdeutschen Aufschwung von 4/2003 bis 1/2008 erhöhte sich der reale Außenbeitrag auf rund 8,5 % des realen BIP. Diese 8,5 % waren für 57 % des gesamten Wirtschaftswachstums in dieser Zeit verantwortlich, während die Inlandsnachfrage (realer BIP-Anteil 91,5%) nur zu 43 % zum Wachstum beitrug. Noch dramatischer wird es, wenn man den privaten Konsum betrachtet: Die größte Einzelkomponente in der gesamtwirtschaftlichen Endnachfrage, der private Konsum mit rund 54,4%, trug nur magere 4,5 % zum gesamten Wirtschaftswachstum im letzten Konjunkturaufschwung bei! Wie ist dieser de facto Totalausfall zu erklären? Die Antwort ist eindeutig: Einseitige neoliberale Angebotspolitik am Arbeitsmarkt seit Beginn dieses Jahrzehnts!

Zum politischen Hintergrund: Ein zu Beginn dieses Jahrzehnts über längere Zeit aufgebauter permanenter öffentlicher Meinungsdruck neoliberaler Ökonomen und Politiker mit dem Ziel, um über Lohnzurückhaltung das vermeintliche „Hochlohnland“ Deutschland international wieder wettbewerbsfähig zu machen sowie neoliberale Arbeitsmarktreformen verfehlten nicht ihr angebotsseitige Wirkung, die Lohnstückkosten in Deutschland zu senken. Der Preis für diese einseitige Angebotspolitik waren stagnierende bzw. fallende Realeinkommen für breite Bevölkerungsschichten. Als Folge ist der reale private Konsum, die größte Komponente im Bruttoinlandsprodukt (BIP), im Konjunkturaufschwung von 2003 bis 2008 nur im 0,5 % ge-

wachsen, während das reale BIP im gleichen Zeitraum um insgesamt 10,4 % zugelegt hat. Eine solchermaßen schwache Entwicklung des privaten Konsums hat es zuvor noch nie in einem Konjunkturaufschwung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gegeben!

Die Zentralthese neoliberaler Beschäftigungspolitik, wonach eine zurückhaltende Lohnpolitik zwar vordergründig die Kaufkraft des einzelnen Bürgers bremst, über die Schaffung neuer Arbeitsplätze jedoch die gesamte reale Kaufkraft eines Landes so stark steigert, dass letztlich der private Konsum kräftige Impulse erfährt, muss aufgrund der Erfahrungen im zweiten gesamtdeutschen Konjunkturaufschwung als empirisch nicht haltbar zurückgewiesen werden!

Warum ging die zentrale neoliberale Beschäftigungsformel in Deutschland nicht auf, wonach Lohnzurückhaltung oder gar Lohnsenkung durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze den privaten Konsum stimuliert? Die Antwort ist sehr einfach. Die Reallohnkürzungen für die Mehrzahl der Bundesbürger waren in der gesamtwirtschaftlichen Summe deutlich größer als die Realeinkommenszuwächse durch Neueinstellungen. Als Folge sind die Realeinkommen von rund 60 % der deutschen Bevölkerung im jüngsten Konjunkturaufschwung teilweise kräftig gefallen (vgl. Abb. 14). Diese Einkommensentwicklung steht im krassen Gegensatz zum ersten gesamtdeutschen Konjunkturaufschwung von 1993 bis 2001. In diesem Zeitraum sind die Nettoeinkommen noch über alle Einkommensklassen hinweg um beachtliche 7,5 % gestiegen. Fallende Realeinkommen für breite Bevölkerungsschichten waren noch nie hilfreich für eine Stimulierung des privaten Konsums.

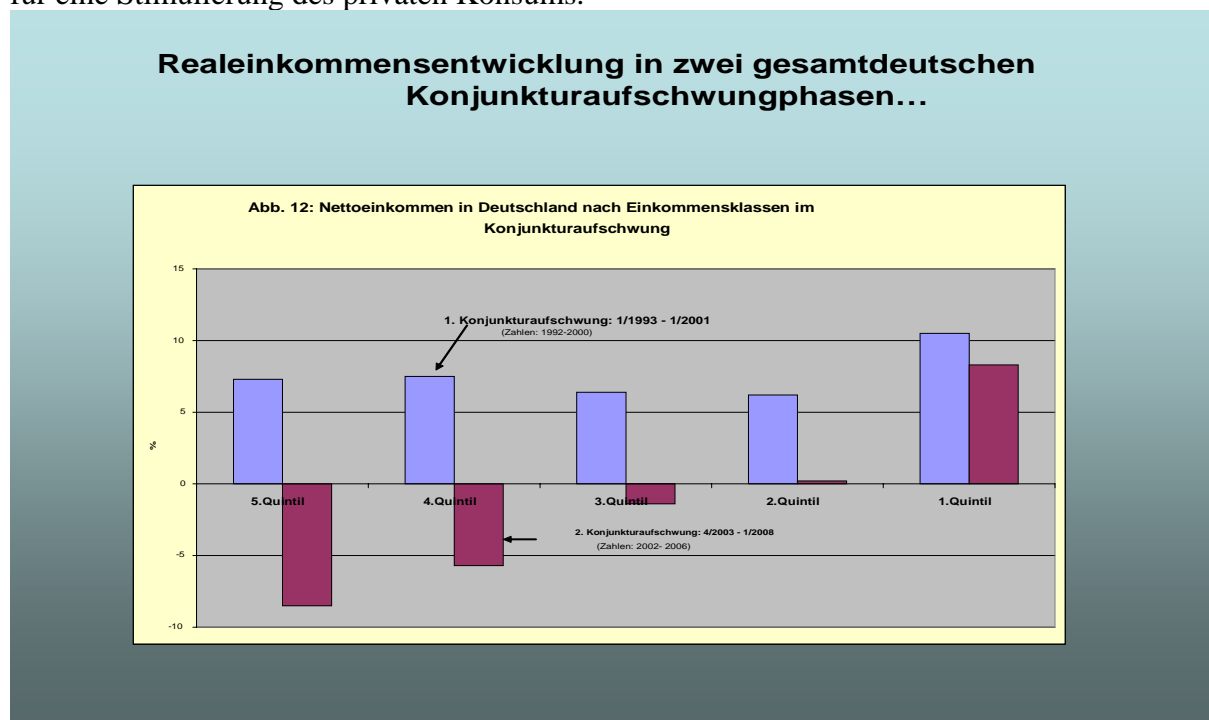


Abb. 14

Im Niedriglohnsektor¹ der Bundesrepublik Deutschland ist es zumindest in den ersten Jahren (neuere Zahlen liegen noch nicht vor) des neoliberalen Konjunkturaufschwungs von 2003 bis 2008 nicht nur zu realen, sondern sogar auch zu kräftigen nominalen (!) Lohnsenkungen gekommen (vgl. Abb. 15). So sind allein in Ostdeutschland von 2004 bis 2006 die durchschnittlichen Nominallöhne im Niedrigsektor um 11,3 % gefallen. In Westdeutschland waren es immerhin noch 5 % (vgl. Abb. 15). Ein solch massiver Nominallohnrückgang im Konjunkturaufschwung ist wohl einmalig in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Die Bezieher niedriger Einkommen haben in aller Regel die höchste Konsumquote in einer Wirtschaft. Sie

¹ Die Schwelle für den Niedriglohnsektor liegt in dem hier zitierten IAQ-Report von 1/2008 bei Zweidrittel des deutschen Medianlohnes

dürfte bei vielen einkommensschwachen privaten Haushalten in Deutschland bei fast eins liegen, wodurch deren Ersparnis gleich null wird. Wer bei diesen Personengruppen die reale Kaufkraft nachhaltig schwächt, muss mit rückläufiger Konsumnachfrage rechnen

Typisch für angebotsseitige Beschäftigungspolitik: Fallende Lohneinkommen bei Unterbeschäftigung

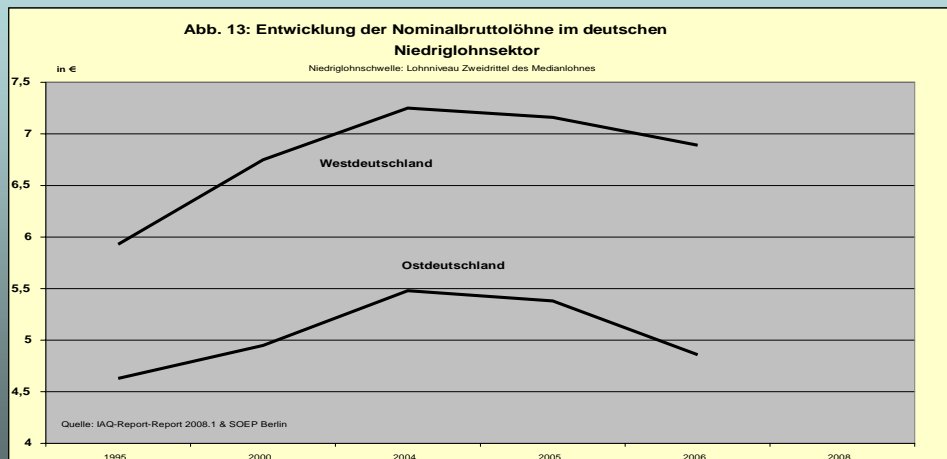


Abb. 15

Durch neoliberale Arbeitsmarktreformen bewirkte Lohnsenkungen in vielen Bereichen der deutschen Wirtschaft haben natürlich zur Folge, dass der Niedriglohnsektor expandiert. Umfasste der Niedriglohnsektor in Deutschland zum Ende des ersten gesamtdutschen Konjunkturaufschwungs im Jahre 2000 noch 17,5 % aller Erwerbstätigen, so waren es im Jahre 2006 in Deutschland schon 22,2 % oder rund 6,5 Mio Beschäftigte (vgl. Abb.16). Die Ausweitung des Niedriglohnsektors durch ungebremschte Lohnsenkung schafft in einer Gesellschaft mehr Armut und weniger Wohlstand. Dies ist genau das Gegenteil von dem, was Wirtschaftspolitik eigentlich leisten soll.

.....mehr Billiglohnjobs mit schlechter Bezahlung

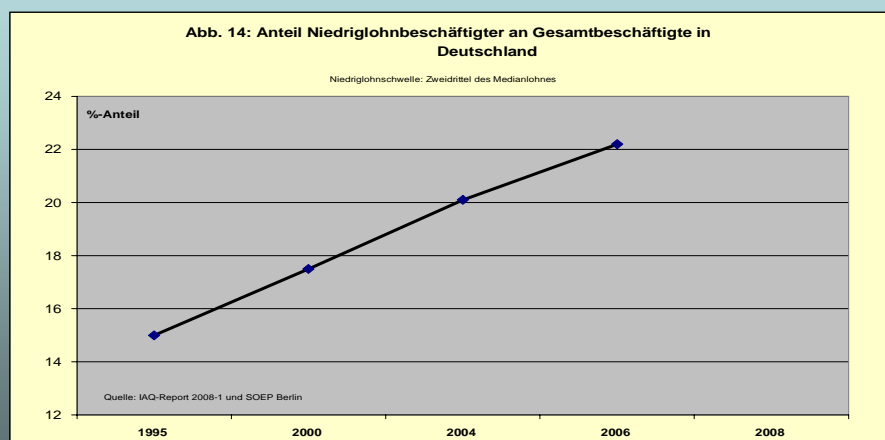


Abb. 16

Ein konjunktureller Aufschwung, der nur auf einem Bein – nämlich dem Exportbein – steht, ist natürlich anfälliger gegenüber Schocks aus der Weltwirtschaft als ein Konjunkturaufschwung, der sowohl von der Inlands- als auch von der Auslandsnachfrage getragen wird. Diese simple Erkenntnis wird Deutschland vermutlich in 2009 bitter zu spüren bekommen. Nun rächt sich der neoliberale wirtschaftspolitische Strategiefehler, primär über Reallohnsenkung neue Arbeitsplätze schaffen zu wollen. Die Folge dieser neoliberalen Angebotsstrategie waren fünf Jahre Stagnation in der realen privaten Konsumnachfrage und damit verbunden fünf Jahre einseitiger Exportlastigkeit im Wirtschaftswachstum. Als Quittung für diese verfehlte neoliberale Angebotsstrategie wird Deutschland in 2009 vermutlich unter allen großen Industrienationen –gemeinsam mit dem ebenfalls am Exporttropf hängenden Japan– den mit Abstand stärksten Konjunktureinbruch (geschätzt: etwa -6% des realen BIP) im Zuge der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise erleiden (vgl. Abb. 17). Man muss kein Prophet sein, um vorauszusagen, dass ein solch massiver Konjunktureinbruch über 1 Mio Menschen in Deutschland ihren Arbeitsplatz kosten wird, auch wenn die Zahlen temporär durch die hohe Kurzarbeit noch abgefedert werden. Aber schon im 2. Halbjahr 2010 könnte die 5 Mio Marke bei den Arbeitslosen in Deutschland wieder erreicht werden.

II ...einseitige Beschäftigungspolitik über fallende Reallöhne macht extrem anfällig im Wachstumsprozess....

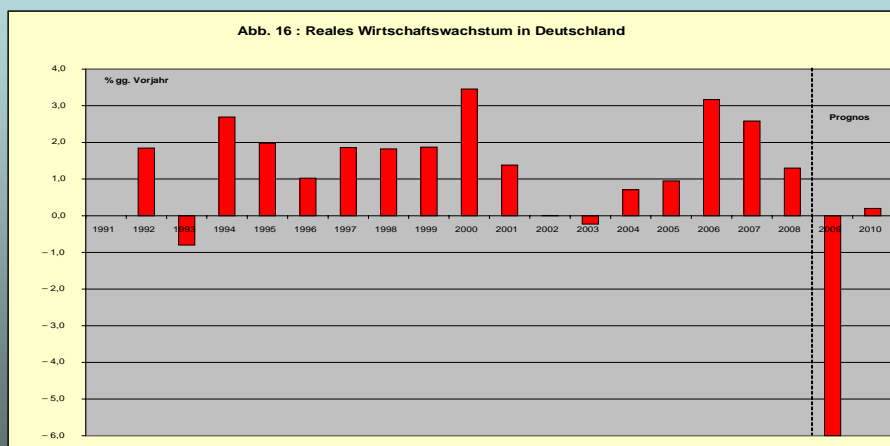


Abb. 17

Wie stark ein durch neoliberale Reformen erzeugter Lohndruck im letzten Konjunkturaufschwung verteilungspolitische Wirkung hinterlassen hat, lässt sich auch an der Entwicklung der Lohnquote in Deutschland deutlich ablesen. (vgl. Abb. 18) Die Lohnquote spiegelt den Anteil des Lohneinkommens am gesamten Volkseinkommen einer Wirtschaft wieder. Eine fallende Lohnquote signalisiert, dass der Produktionsfaktor Kapital auf Kosten des Produktionsfaktors Arbeit einen größeren Anteil von der gemeinsamen gesamtwirtschaftlichen Leistung erhält. Eine solchermaßen stark abstürzende Lohnquote wie im letzten Konjunkturaufschwung (von über 70 % auf unter 65 %, vgl. Abb. 18) ist ohne Parallele in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Sie macht überdeutlich, dass die von neoliberaler Seite permanent eingeforderte Lohnzurückhaltung der letzten Jahre massiv die Kapitaleinkommen begünstigt hat. Auch an dieser Stelle zeigt sich erneut die tiefere Ursache für die Konsumschwäche in Deutschland, die letztlich einem zwischen In- und Auslandsnachfrage gut ausbalancierten Konjunkturaufschwung im Wege stand.

Folgen einseitiger angebotsorientierter Vollbeschäftigungspolitik:

I. Fallende Lohnquote & fehlender Wohlstandszuwachs für alle!

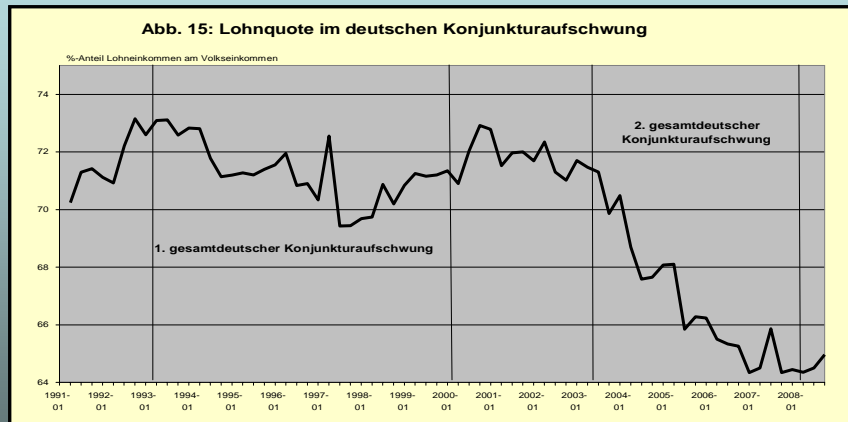


Abb. 18

Gesamtfazit: Der große US-Ökonom P. Samuelson hat einmal sinngemäß gesagt, dass der liebe Gott den Ökonomen zwei Augen geschenkt habe. Eines für die Angebots- und eines für die Nachfrageseite. Neoliberale deutsche Ökonomen und Politiker haben sich insbesondere seit Anfang dieses Jahrtausends im blinden Vertrauen auf das Say'sche Gesetz allein auf ihr Angebotsauge verlassen. Die damit verbundene partielle Blindheit gegenüber ökonomischen Interdependenzen auf der gesamtwirtschaftlichen Nachfrageseite werden in Deutschland im Jahre 2009 vermutlich mehr als eine Millionen Menschen mit dem Verlust ihrer Arbeitsplätze bezahlen müssen. Ein hoher Preis für ökonomische und politische Einäugigkeit!

Die letzten 30 Jahre neoliberaler Wirtschaftspolitik in den westlichen Ländern haben eines deutlich werden lassen: Neoliberale Wirtschaftspolitik wirkt wie ein sozialer Spaltpilz. Sie führt zwangsläufig zu einer massiven Ausweitung der Kluft zwischen Arm und Reich. Der Neoliberalismus kann mit seinem ausschließlichen Vertrauen auf den Markt das zentrale Anliegen der Wirtschaftspolitik, nämlich Wohlstand für alle zu schaffen, nicht erfüllen.

Wohlstand für alle ist nur möglich mit einem **starken Staat**, der über aktive Distributionspolitik in Form einer progressiven Einkommenssteuer und staatlicher Mindestlohnpolitik für eine gleichmäßigere Verteilung des von allen geschaffenen gesellschaftlichen Wohlstands sorgt. In der Wirtschaftstheorie verlangt dies eine moderne Form der Rückbesinnung auf Keynes, wie dies im Neukeynesianismus derzeit geschieht. In der Wirtschaftspolitik verlangt dies eine Abkehr vom US-Neoliberalismus und eine moderne Form der Rückbesinnung auf den deutschen Ordo-Liberalismus und die soziale Marktwirtschaft im Sinne von Müller-Armack.

Nach dem offenkundigen Scheitern des US-Neoliberalismus in der Finanzkrise 2008 bleibt für die Zukunft nur noch eine Hoffnung auf dem Weg zum Wohlstand für alle im Rahmen des Kapitalismus, nämlich eine echte soziale Marktwirtschaft, in der der Staat –im Gegensatz zum Konzept des US-Neoliberalismus- eine starke ordnungs- und stabilitätspolitische Rolle spielt. Niemand kann jedoch heute mit Sicherheit sagen, ob sich vor dem Hintergrund der Globalisierung in Zukunft allein durch nationale Wirtschaftspolitik noch eine soziale Marktwirtschaft gestalten lässt, in der Wohlstand für alle keine Utopie, sondern gelebte Realität ist. Das wach-

sende globale Angebot an Billigarbeit macht es Nationalstaaten wie Deutschland in Zukunft vermutlich immer schwerer, den Wohlstand für alle Bürger zu steigern. Mit Blick auf die aktuelle Systemkrise des Kapitalismus und im Rückblick auf die letzten 30 Jahre lässt sich mit Sicherheit derzeit nur eines eindeutig sagen: Der US-Neoliberalismus ist nicht die Lösung, sondern das Problem auf dem Weg zum Wohlstand für alle in einer sozialen und humanitären Gesellschaftsordnung.

Prof. Dr. Johannes Müller
FH Hannover
FB IV
Juni 2009